

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Kundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Zeugungspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Expedition der „Volkswacht“, Neue Grapenstraße Nr. 5, durch die Zweig-Expeditionen: in Breslau: Hauptstraße 140, sowie durch alle Auspostämter zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 10 Goldpfennige, monatlich 1,20 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung
Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postfach-Konto: Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Tag 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Verleihen, Veramtlungen und Wohnungsanzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 2 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Korfantys neuester Dreh.

In der polnischen Presse sowohl der Rechten wie der Linken finden sich in den letzten Tagen heftige Angriffe gegen Korfanty. Dieser war beinahe von dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten Grabki seiner sämtlichen einträglichen Ämter als staatlicher Aufsichtsratspräsident in den polnisierten ober-schlesischen Industrieunternehmen entbunden worden. Diese Maßnahme wurde auch von der neuen Koalitionsregierung nicht rückgängig gemacht, wogegen sich schon die Sozialisten als Korfantysgegner gewehrt hatten. Da Korfanty sein Privatvermögen in den letzten Jahren durch unglückliche seiner Spekulationen sehr verkleinert hatte, mußte ihn diese Maßnahme hart treffen. Sie war begründet durch die Aufdeckung zweifelhafter geschäftlicher Schiebungungen in Hilfe der vom Staat verliehenen Ämter, letzten Endes aber verursacht durch den politischen Gegenstand Korfantys als Anwalt der zurzeit auf Verdrängung mit Deutschland angewiesenen ostoberschlesischen Industrie und der Warschauer Wirtschaftspolitik im Weltkrieg. Auch in seiner eigenen Partei, bei den polnischen Demokraten, ist Korfanty teils durch die dort ober-schlesische Stellungnahme, teils durch seine Privatgeschäfte sehr unbeliebt geworden. Kurz, der vielbewandte Agitator sah zwischen allen Stühlen.

Wer ihn damit bereits für erledigt hielt, verrechnete aber sehr. Nachdem er in Warschau wieder einmal gespielt hatte, wandte sich Korfanty wieder dem Boden auf dem seine politische Macht gewachsen ist und begann eine neue ober-schlesische Agitation im Rahmen seiner politischen Anfänge. Es ist nun für die heutige Zeit in Oberschlesien sehr charakteristisch, daß diese neue Korfanty-Agitation, deren Ziel natürlich nur wieder ein Ausschüßiges für ihren Urheber ist, diesmal ganz einig gegen Warschau gerichtet ist. Das polnische Nationaldemokratische (rechtsstehende) ostoberschlesische Blatt wirt Korfanty vor, daß er als offener Vandal und Loslösungspolitiker agiere. Er gehe sogar mit dem Agitator Kufkos zusammen, einer nach unserer Kenntnis ziemlich dunklen, aber unbedeutenden Größe, die man von polnischer Seite für alle warschauerindischen Treibereien verantwortlich mache, um einen Sündenbock für die Wirkungen seiner eigenen schlechten Wirtschaftspolitik zu haben. Der Inhalt der neuen Agitation wird z. B. durch die Behauptung des genannten rechtsstehenden polnischen Blattes charakterisiert, in Absicht habe Korfanty einer Versammlung geradezu empfohlen, die aus Galizien und den angrenzenden gekommenen Beamten mit Petroleum zu versehen und als Angezeiger auszurufen. Das muß nicht richtig wahr sein, ist aber auch sicherlich nicht allzu weit von dem uns Deutschen ja ähnlich geläufigen alten Korfanty-Stil. Einseitige Behauptungen der polnischen Presse gegen Korfanty liegen hier jedenfalls nicht vor, da das Krakauer polnische sozialistische Parteiblatt schildert die neue Korfanty-Bewegung ganz ähnlich und nimmt sie gleichfalls recht ernst.

In der deutschen Presse sind diese Vorgänge, soweit sie sich auf die Wirtschaftskrise, die jenseits der Grenze noch heftiger und länger wütet als bei uns, hat Stimmungen in den ostoberschlesischen Massen zwar öffentlich kritischer gemacht, als sie noch in der Abwehrzeit waren. Aber es handelt sich eben um die Stimmungen, die gerade auf ober-schlesischen Boden kaum zu politischen Kräften gestaltet werden können. Ein Mann wie Korfanty benutzt sie nur, um seine persönliche Stellung wieder zu festigen und sich in Warschau neue Beachtung zu erzwingen. Eine wirkliche Stimmung für die deutsche Minderheit in Ost-Oberschlesien kann sich nie an die Agitation eines Korfanty anschließen, sondern nur an die Aussichten auf deutsch-schlesische Wirtschaftsverständigung, die dem Grenzlandverhältnis wieder festen ökonomischen Boden unter die Füße und die Aufgabe einer wirtschaftlichen und kulturellen Mittlerstellung zwischen Polen und Deutschland in die Augen bringen kann.

vereinzelte bürgerliche Stimmen bereits über „sozialistische Diktatur“ klagten.

Als dritter sozialistischer Minister soll jetzt der Krakauer Abgeordnete Marek in das Kabinett eintreten. Die beiden bisherigen sozialistischen Kabinettsminister haben allerdings ihre Forderungen bereits mehrmals nur dadurch durchsetzen können, daß sie mit Rücktritt drohten. Aus außenpolitischen und innenpolitischen Gründen sind die Möglichkeiten des sozialistischen Druckes auf eine Koalitionsregierung in Polen heute erheblich größer als in Deutschland.

Mieterhöhung am 1. Januar.

Wie der „Amthofische Preussische Pressendienst“ mitteilt, beträgt die gesetzliche Miete vom 1. Januar 1926 ab bis auf weiteres 84 v. H. der reinen Friedensmiete bzw. 80 v. H. bei Übernahme der Sachschadensreparaturen durch den Mieter. Diese Erhöhung entspricht einem rechtsgesetzlichen Ergebnis, da der Hausbesitzer vom 1. Januar 1926 erhöhte Zinsen für die ausgewerteten Hypotheken zu zahlen hat.

Bisher und zwar unverändert seit einer Reihe von Monaten, betrug die gesetzliche Miete 82 und 78 v. H., wozu noch örtliche Zuschläge kommen, die zum Beispiel in Breslau 4 Prozent betragen.

Internationale Abrüstungskonferenz am 15. Februar.

Die Einladung zur Abrüstungskonferenz ist jetzt in Berlin eingetroffen und wird gestern vom Auswärtigen Amt veröffentlicht.

Das Schreiben teilt mit, daß die Konferenz am 15. Februar in Genf zusammenzutreten soll. Außer den Staaten, die Mitglieder des Rates sind, wurden neben Deutschland die Vereinigten Staaten, die Sowjet-Union, jerner Bulgarien, Finnland, Holland, Polen, Rumänien und Jugoslawien eingeladen. Das Arbeitsprogramm der Kommission, das der Einladung beigelegt ist, umfaßt sieben Fragenkomplexe, von denen jeder für sich eine ganze Fülle schwieriger Probleme enthält. Was ist unter „Rüstung“ zu verstehen? Soll die etwaige Abrüstung eines Landes oder seine Friedensrüstung eingeschränkt werden? In welchen Formen soll die Rüstungsbegrenzung zu Land, zur See oder in der Luft vor sich gehen? Wie werden die verschiedenen Rüstungsarten der verschiedenen Länder gegeneinander abgemessen? Was ist eine im defensiven Geist vorgenommene Bewaffnung eines Landes? Wo beginnt der aggressive Charakter? Wie werden Bevölkerung, geographische Lage, Verkehrbarkeit der Grenzen und dergleichen in Rechnung gezogen? Wie wird die Frage der Unterbrechung zwischen Militär- und Zivilflugzeugen geregelt, wie der militärische Wert der Handelsflotten bemessen? Kann die Festlegung der Rüstungen durch ein Verfahren gefördert werden, das geeignet ist, im Augenblick eines etwaigen Angriffs das schnellste Einlegen der in Artikel 16 der Wörberbindung vorgesehenen gegenseitigen wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung zu erleichtern? Wm?

Zur Kritik dieses Vorgehens der Abrüstungsberatungen haben wir erst kürzlich dem bekannten Völkerrechtler Dr. Wehberg das Wort gegeben. Seine Befürchtungen über die Unfruchtbarkeit der von französischer Seite für die Beratungen festgelegten Gesichtspunkte dürften nur allzu bald gerechtfertigt werden. Immerhin kann selbst das Scheitern einer Abrüstungskonferenz durch Aufdeckung der Hindernisse des Abrüstungsgebantens einen Fortschritt bedeuten, so daß man zunächst mit Interesse beobachten darf, welche Mächte die Einladung zur Konferenz überhaupt annehmen werden.

Newyork, 23. Dezember. (Eigener Funkenbericht.)
Im Weißen Haus wurde am Dienstag mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten beabsichtigen, die Einladung zu der vorbereitenden Abrüstungskonferenz anzunehmen. Gegenwärtig wird von der Regierung eine zuzunehmende und das Problem lösende Antwort an den Völkerbund ausgearbeitet.

Die Vereinigten Staaten interessieren sich für die Abrüstungsfrage vor allem unter dem Gesichtspunkt, daß sie Land- und Wasserabrüstung trennen wollen. Die erste, die die anderen angeht, wollen sie fördern, die zweite dagegen einer internationalen Regelung gerne entziehen.

Von entscheidender Bedeutung wird es sein, ob auch Rußland sich beteiligt. Es ist sicher in hat darüber in Berlin gestern nur gesagt, daß die Entscheidung seiner Regierung noch nicht gefallen sei. Zwischen neuen scharfen Worten gegen den Völkerbund hat er sich damit die Annahme der Abrüstungseinladung ausdrücklich vorbehalten, wie er ja auch wiederholt vorher eine Abrüstung auch innerhalb der heutigen Staatenordnung für möglich und nützlich erklärte.

Der Weg aus der Krise.

Sozialdemokratische oder kapitalistische Vorschläge?

Von Dr. Paul Herz, M. d. R.

Tag für Tag spitzt sich die Wirtschaftskrise weiter zu. Innerhalb des Monats November hat sich die Zahl der Erwerbslosen annähernd verdoppelt. Fast ebenso stark breitete sich die Kurzarbeit aus. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Monat Dezember ein noch stärkeres Anwachsen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit gebracht hat. Mit bisher unbekannter Schnelligkeit nähern wir uns dem Zustande, wo die wachsende Erwerbslosigkeit zu einer aktuellen Gefahr für die ganze deutsche Wirtschaft wird.

Daß das Ende der Kriegs- und Inflationswirtschaft und die Verflechtung Deutschlands in die Weltwirtschaft von einer schweren Krise begleitet sein würde, war stets anzunehmen. Die Sozialdemokratie hat es infolgedessen weder an Mahnungen noch an Abhilfevorschlägen zur Milderung der Krise fehlen lassen. Sowohl beim Unternehmertum als auch bei den bürgerlichen Parteien prallten solche Mahnungen schon ab. Man wollte nicht einsehen, daß die herannahende Wirtschaftskrise vor allem eine Reform des deutschen Produktionsapparats verlangte. Man tröstete sich mit der Hoffnung, die Wirtschaftskrise werde lediglich eine größere Zahl von Beschäftigungslosen bringen, an den Grundlagen der Existenz des Unternehmertums aber nichts ändern, ihm jedoch Gelegenheit geben, die Löhne zu sozialen Lasten und die Steuerleistungen auf der ganzen Linie herabzudrücken.

So nur ist es zu verstehen, daß der Reichstag im Sommer dieses Jahres durch seine reaktionäre Kartell- und Zollpolitik, durch die Erschwerung des Abflusses von Handelsverträgen, durch eine unsinnige Kredit- und Steuerpolitik, die Krise verschärfte hat. Auch sind alle Maßnahmen unterlassen worden, die rechtzeitig eingeführt, zur Milderung der Krise beigetragen hätten. Es sei lediglich dabei an die Erwerbslosenversicherung erinnert. Das Unternehmertum wollte aber nichts vornehmen, was der Maniosigkeit des Wirtschaftens Einhalt geboten und die Millionen Arbeitskräfte vor dem sorgenvollen Schicksal bewahrt hätte.

Von der Einsicht in die Fehler der eigenen Politik ist das Unternehmertum auch heute noch völlig frei. Tag für Tag erscheinen Denkschriften und werden Forderungen zur Wirtschaftslage erhoben. So verschieden sie auch in ihren Einzelheiten sein mögen, eins ist ihnen gemeinsam: nämlich das Fehlen jeder Einsicht, daß es die eigenen Fehler sind, die zur Katastrophe der deutschen Wirtschaft zu führen drohen. Am deutlichsten ist dieser Fehler in der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie ausgeprägt. Obwohl die tatsächlichen Angaben dieser Denkschrift viele der bisherigen Behauptungen der Großindustriellen Lügen strafen, so sind doch die Forderungen fast ausschließlich an den Staat, an die öffentlichen Unternehmungen und an die Arbeiter und Angestellten gerichtet. Fast nichts ist in ihnen enthalten, was darauf schließen ließe, daß die Unternehmer auch mit ihren Kräften und mit eigenen Lasten zur Überwindung der Wirtschaftskrise beitragen wollen.

Worauf ist das zurückzuführen? Ist es nur Egoismus oder Unkenntnis, oder spielen andere Gründe dabei eine Rolle?

Die Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie liefert auch auf diese Frage ungewollt die Antwort. Die Gründe liegen in der Auffassung, daß die gegenwärtige Wirtschaftskrise die Folge zu hohen Löhnen, zu hohen Soziallasten und zu geringen Leistungen der Beschäftigten darstellt. Eine Besserung sei infolgedessen auch nur zu erwarten, wenn die Löhne und Lasten abgebaut, die Leistungen erhöht würden. In dieser veralteten, rein kapitalistischen Denkweise erschöpft sich das Sanierungsprogramm der deutschen Unternehmer. Sie haben nichts gelernt von den kapitalistischen Pionieren Amerikas, die solche Methoden als rückständig und unwirtschaftlich tief verachten.

Das Wirtschaftsprogramm der Sozialdemokratie spricht deshalb eine ganz andere Sprache. Obwohl der Reinigungsprozess in der Wirtschaft durch Ausschneiden überflüssiger selbständiger Existenzen, durch die dadurch bedingte Umschichtung großer Massen von Arbeitern und Angestellten die Betroffenen in größte Notlage versetzt, erkennt sie diese Reinigung als die notwendige Voraussetzung für den Wiederaufstieg des deutschen Wirtschaftslebens an. Denn ebenso wie der Kampf der englischen Arbeiter zu Beginn des 19. Jahrhunderts mit einer hoffnungslosen

Die der polnischen Koalitionsregierung haben Sozialisten ihre Forderungen in bezug auf Arbeitslosenunterstützung, Vermeidung weiterer Beamten- und Angestelltenabbau, Einschränkung der Heeresausgaben so weit durchgedrückt, daß

Niederlage enden mußte, so würde ein Kampf gegen den Reinigungsprozeß in der deutschen Wirtschaft viele Kräfte verzehren und dennoch ergebnislos bleiben. Zu dieser Auffassung bekennt sich die Sozialdemokratie umso stärker, weil nur eine leistungsfähige Wirtschaft imstande ist, die Voraussetzung für eine Steigerung der Real-löhne und eine bessere Lebenshaltung zu liefern.

Aber gerade weil die Rationalisierungskrisis verlangt, daß dem Reinigungsprozeß freier Spielraum gelassen wird, verlangt die Sozialdemokratie mit allen Mitteln den Schutz der Arbeitskraft vor den unverschiedenen Wirkungen der Wirtschaftskrisis.

Die Erwerbslosen dürfen in dieser Zeit nicht ohne ausreichende Unterstützung bleiben.

Der Lohn der Beschäftigten darf nicht durch den gewaltigen Druck des Erwerbslosenheeres herabgedrückt werden.

Die Arbeitszeit darf nicht ausgedehnt werden, während Millionen Menschen überhaupt keine Beschäftigung haben.

Das bedingt nicht nur gebieterisch das Schicksal der Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern liegt auch im ureigensten Interesse der Zukunft der deutschen Wirtschaft. So wichtig für sie ein technisch vorbildlicher Produktionsapparat und eine gute Organisation der Unternehmungen ist, lebendig werden beide Vorteile erst durch eine leistungsfähige Arbeiterkraft, die nicht durch eine längere Krise zermürbt ist. Selbst wenn also die Löhne durch eine ausreichende Fürsorge für die Erwerbslosen in den Monaten der Krise nur schwer aufzubringen wären, es müßte dennoch geschehen, weil nur dadurch der baldige Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft zu ermöglichen ist.

Vergleicht man also die beiden Wirtschaftsprogramme miteinander, das vom Reichsverband der deutschen Industrie und das der Sozialdemokratie, so zeigt sich deutlich, daß die Forderungen der Industrien nur auf den Schutz der Interessen der Kleinen, wenn auch mächtigen Schichten berechnet sind, die Forderungen der Sozialdemokratie jedoch den allgemeinen Volksinteressen und den Interessen der ganzen deutschen Wirtschaft entsprechen.

Dieser Gegensatz hat auch bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung eine große Rolle gespielt. Die Deutsche Volkspartei als Partei der Großindustrie widerspricht dem sozialen Schutze, den die Sozialdemokratie als die Voraussetzung für den Wiederaufstieg Deutschlands ansieht. Zwar hat sich Abg. Koch bemüht, den Forderungen der Sozialdemokratie entgegen zu kommen. Die Einschränkungen zu seinem Programm, die ihm von der Deutschen Volkspartei aufgezwungen wurden, zeigen aber, daß die Gegenläufe nicht zu überbrücken waren.

Deshalb wird die Sozialdemokratie auch nach dem Scheitern der Regierungsbildung alle Kräfte einlegen zum Schutze der ungeschützten Opfer der Wirtschaftskrisis. Ihr Kampf wird ausdauernd und erfolgreich sein, wenn die Masse des Volkes hinter ihr steht.

Hilfe für erwerbslose Angestellte!

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates hat einen Appell an die Reichsregierung gerichtet, demzufolge diese den älteren erwerbslosen und ausgesetzten Angestellten, besonders den über 40 Jahre alten mit eingeordnetem Hausstand, eine sofort auszahlbare einmalige Unterstützung im Betrage von 100 Mark gewährt werden soll. Eine gleiche Summe soll solchen Angestellten gegeben werden, die ebenfalls über 40 Jahre alt sind und einen Hausstand haben, aber der Erwerbslosenzulage nicht unterliegen. Außerdem wird angeregt, die Erwerbslosenzulage für diese Angestellten bis auf die Dauer von einem Jahre zu verlängern. Bekanntlich hat Dr. Luitzer bis in die letzte Zeit hinein immer wieder den Standpunkt vertreten, daß die Finanzlage des Reiches zu großer Zurückhaltung zwinge. Aber auch die Reichsregierung wird nicht leugnen können, daß der Antrag des Reichswirtschaftsrates ganz besonders schwer zu leiden hat. Man wird also erwarten dürfen, daß die Reichsregierung den Vortrag in erwünschter Ermäßigung zehrt und jedenfalls kleinstmöglich zu ihm Stellung nimmt.

Aus schweren Tagen.

Graves and Heiteres. Von Adolf Hoffmann.

Blas und ich hatten bei der Aussprache im Reichstag verabschiedet, die Situation möge so weit kommen zu lassen, daß ich Geld annehmen würde. Es war aber auch mit meiner wackeligen demokratischen Ruhe vorbei.

Ich hob den auf Rollen gehenden weißen Tisch vor mir weg, stand auf und machte in höflichem Tone heraus:

„Ich habe Ihnen nur die Mitteilung zu machen, daß Sie recht usw. auf meine Falle eingegangen sind.“

Reiner war erheitert aufgesprungen. Neben ihm ging die Tür auf und zu seinem Scherden trat Wilhelm Blas mit den Worten heraus:

„Dann ist Ihnen vielleicht auch eine Mitteilung nahe?“

„Was der Richter kann der noch Reiner erheben? Geben Sie mir die Hand.“

„Sie werden verstehen — begreifen — ich habe auch keine.“

„Und ich auf die Tür sagte, heute ist. Und was Herr Reiner, sind Sie nicht so freundlich und machen meine Tür nun etwas zu. Berufen Sie sich auf die Sozialdemokratie.“

Der neueste entdeckte Fememord.

Der kürzlich zur Kenntnis der Öffentlichkeit gelangte 26. Fememord (an dem Wachtmeister Willi Vegner) ist durch die Tätigkeit der Reichlichen Polizei, welche zwei Kriminalkommissare nach Frankfurt a. d. Oder entsandte, ein gutes Stück seiner Aufklärung entgegengeführt worden. Die Vernehmung der Mutter des Ermordeten hat ergeben, daß diese seit Januar 1923 durch ein ganzes Mitglied einer von den Kameraden des verschmähten Wachtmeisters getauft worden ist. Man redete ihr vor, Willi Vegner sei bei einer „Reise“, verdienstlich viel Geld und würde als reicher Mann nach Hause kommen. Von anderer Seite wurde ihr suggeriert, er sei nach Amerika ausgewandert. Auch die amtlichen Dienststellen der Reichswehr, das Kommando der Artillerie-Schießschule Jüterbog und das Wehrkreis-Kommando III hielten sich auf alle Anfragen der Mutter in ein unverständliches Schweigen. Der Berliner Reichlichen Polizei ist es jedoch gelungen, festzustellen, daß Wachtmeister Willi Vegner voraussichtlich in der Nähe von Döberitz irgendwo vergraben liegt. Sobald das gegenwärtige Frostwetter zu Ende geht, werden Ausgrabungen nach dem Ermordeten vorgenommen werden. Die Nachforschungen haben weiter ergeben, daß der Kantinenwirt der Schießschule Jüterbog über den Nordabend bestimmte Auslagen zu machen in der Lage ist. An jenem Abend ist Wachtmeister Vegner von einem angeblichen Leutnant und zwei Mann im Auto abgeholt worden. Er sollte „Lebensmittellieferungen“ begangen haben und seiner Bestrafung entgegengeführt werden.

Ein Erfolg der republikanischen Studenten.

Aus Baden wird uns geschrieben:

Während in den meisten deutschen Ländern unmittelbar nach dem Kriege die städtische Selbstverwaltung durch ministerielle Verordnungen geregelt und die bestehenden Vertretungsorgane zu staatlich anerkannten Zwangsorganisationen ausgebaut wurden, heißt eine solche städtische Regelung bisher in Baden. Die dortigen Allgemeinen Studierenden-Ausschüsse waren lediglich vorläufig vom Ministerium anerkannt.

Die völkischen Gruppen verlangten bisher, daß außer den Reichsdeutschen nur die in den österreichischen und ländlichen deutschen Studenten-Ausschüssen vertretenen völkischen Studenten (die die Kreise VIII und IX der Deutschen Studentenschaft bilden) auch vollberechtigte Mitglieder in den reichsdeutschen Studentenschaften sein sollten. Praktisch bedeutete das die Schaffung von zweierlei Recht für die völkischen Gruppen einerseits und die freiwirtschaftlichen und sozialistischen Studenten andererseits, deren Organisationsleiter in Wien allein fast 3000 deutsche Studenten angehören. So mußte sich der völkische Verfassungskomitee in Baden zu einer erneuten Auseinandersetzung zwischen den völkischen und nichtvölkischen Studentengruppen aus.

Stätiglich gehören nun in Baden außer den Reichsdeutschen alle Studierenden der deutsch-österreichischer Staatsangehörigkeit der Studentenschaft an, während über die Zugehörigkeit der übrigen Auslandsdeutschen das Referat entscheidet. Damit ist an einem entscheidenden Punkt dem bisherigen Mißbrauch der völkischen Selbstverwaltung für die parteipolitischen Zwecke des „hochschulringes deutscher Art“ und seiner Anhänger ein Riegel vorgeschoben.

Es hat sich in diesem Kampfe herausgestellt, daß die führenden Kreise der „Deutschen Studentenschaft“, die stets das Recht der Studentenschaft auf Selbstverwaltung betont haben, dieses gleiche Recht preisgegeben bereit waren, wenn es für ihre parteipolitischen Zwecke nicht mehr verwertbar war. So traten aus dem Heidelberger Allgemeinen Studierenden-Ausschuss der Hochschullandtag deutscher Art, der sich dort „Großdeutsche Studentenschaft“ nennt, und die Deutschvölkische Studentengruppe aus, als sie nicht mehr über die nötige Zweidrittelmehrheit verfügten, um ihre Forderungen in der neuen Verfassung durchzusetzen. Durch das Verantwortungsbewußtsein der republikanischen und katholischen Gruppen, die allein die Arbeit weiterführten, kam die Sache zum Durchbruch. Die Kreise, die heute gegenüber den völkischen Gruppen den gemäßigten Teil der korporationsstudentischen Darstellungen machen, die Gabotagepolitik des Hochschulringes schließlich nicht mehr mit und erreichten dadurch eine Rückkehr der ausgegrenzten Gruppen in der Allgemeinen Studentenschaft unter Anerkennung der Forderung der republikanischen Gruppen auf Ausschaltung aller parteipolitischen und rassistischen Fragen aus dem Gebiet der studentischen Selbstverwaltung, insbesondere unter Aufgabe der seit sechs Jahren geltenden Praxis der völkischen Ausreise der Auslandsdeutschen.

Die in Baden nunmehr erzielte Lösung zeigt den Weg, auf dem eine Lösung des seit sechs Jahren bestehenden Verfassungskampfes auch für die gesamte deutsche Studentenschaft erfolgen könnte. Die Einzel-Studentenschaften sind staatlich anerkannte Zwangsorganisationen, denen jeder immatrikulierte Studierende zur Beitragszahlung verpflichtet ist. Es ist unannehmlich, daß republikanische Regierungen die Hand dazu reichen, von jedem Studierenden Beiträge einzuziehen zu lassen für eine Organisation, die in einzelnen Teilen eine Vertretung nur völkischer Gruppen ist.

Ein sozialistischer Bürgermeister von Saloniki. Bei den am Montag stattfindenden Gemeinderatswahlen wurde der sozialdemokratische Kandidat Patrakis mit 622 Stimmen zum Bürgermeister der Stadt Saloniki gewählt. Der Kandidat der griechischen Regierung hat nur 496 und der der antivenetianischen Partei nur 97 Stimmen erhalten.

Zu den Ereignissen im fernen Osten.



Die Parteikämpfe in China haben jetzt besonders in der Mandchurei einen Umfang angenommen. Der Japan zur Verfügung seiner bisherigen militärischen Machtmittel veranlaßt nach Sowjetland, das mit ausgedehntem sibirischer Gebiet die Mandchurei grenzt, ist an der weiteren Entwicklung der dortigen Verhältnisse stark interessiert. Die Japaner verfolgen die ausgedehnte wirtschaftliche Interessen. Der südliche Teil der Mandchurei, die Strecke von Murden bis zur Südspitze der japanischen Provinz, dem bekanntgewordenen Port Arthur, war bereits im Jahre 1904/05 der Schauplatz eines der blutigsten Kriege der Weltgeschichte, in dem die Japaner die Russen schlugen. Der Mandchurei umfaßt ein Gebiet von 942 000 Quadratkilometer, ist also doppelt so groß wie Deutschland. Die Bevölkerung ist 22 Millionen, von denen nur noch wenige reinvölkische Mandchuren die meisten eingewanderte Chinesen sind, außerdem wohnen viele Ungarn, Koreaner und Japaner.

Deutschland als pünktlicher Zahler.

Der Generalagent für die Reparationszahlungen, Park-Gilbert, hat sich über Weihnachten in seine amerikanischen Heimat begeben, um dort mit maßgebenden Persönlichkeiten der Regierung und der amerikanischen Finanz, im besonderen mit dem General Dames, Besprechungen über die Wirkung und bisherigen Erfolge des Dames-Planes zu pflegen. Er dabei im Hinblick auf gewisse französische Wünsche u. a. erklärt, daß die Unterbringung der deutschen Eisenbahn-Obligations solange nicht möglich sei, bis das interalliierte Schuldensystem nicht gelöst sei. Wer sich erinnert, wie stark sich von Anfang an, nicht nur in Deutschland, sondern auch in England und Amerika, ausgesprochener Skeptizismus über die Nutzbarkeit der deutschen Reparationsleistungen geäußert hat, wird sich über diese Stellungnahme kaum wundern. Andererseits wird es aber gerade bei uns mit besonderer Befriedigung hingenommen. Gilbert versichert, Deutschland leiste jeden Monat mit der größten Pünktlichkeit seine Zahlungen. Bezeichnend ist in einem Nebenjahre gemachte Bemerkung des Generalagenten für die Reparationszahlungen, daß der Damesplan es ermöglicht einen praktischen Weg ausfindig zu machen, auf dem die deutschen Reparationsleistungen in die Gläubiger „transferiert“ werden können. In diesen Worten liegt nämlich das Zugeständnis, daß ein solcher „Transfer“ sich bisher noch immer nicht ergeben hat.

Damit gibt der Reparationsagent zu, daß die Übernahme der deutschen Reparationsleistungen mit ihrer Folge der Unterbringung der Welt durch deutsche Waren immer noch als unlösbares Problem erscheint. Im Vergleich mit der finanziellen Aufbringung dieser Lasten in Deutschland, die als durchführbar erwiesen hat. Wenn die Reparationsleistungen trotz ihrer finanziellen Durchführbarkeit gegenwärtig wirtschaftlich schwer durch Verflechtung unserer Konfirmandenbedingungen belastet, so kann man in diesen Beziehungen einen gewissen Fortschritt sehen: die Dames-Abmachungen tragen dazu Tendenz zur Verbesserung ihrer eigenen Umstände in sich, da die Gläubiger infolge der Rückzahlung der Abnahmepraktik praktisch an dieser Verluste interessiert sind.

Das Geheimnis in Köln.

Genosse Blas hat recht behalten, als er beim Schiedsrichter sagte: „Genosse Hoffmann, lassen Sie sich jetzt doppelt vor. Wenn der ein zur Bestimmung kommt, wird er sich mit allen Mitteln wehren.“

Das davon ein andermal.

Der Schiedsrichter.

Genossenschaft ist ein Schwereiß, doch wenn du greiffst, dann greiffe fest.

Gibt man ein Wortchen auf, so klären die gehörten Töne in seinen Tagen an der Gegenwart, so daß dann genossenschaftlich auf sie zu hören. Dieses Verfahren ist aber nicht nur bei Worten, sondern auch bei Tönen, besonders solche vom höchsten Gewerbe, machen es deutlich. Nur nicht in einfachen Klängen, sondern in sehr feiner und heimlich.

Nach der Vernehmung war es notwendig, daß im Rahmen der Parteipolitik politische Politik geworden. Hoffmann erzielte einige Neuerungen. Darunter auch die Rückkehr zu Köln. Der Genossenschaftler hat sich in diesen Angelegenheiten ein großes Interesse, als er nach Köln ging, waren: „Doch die vor, die planen gegen dich was ganz besonderes.“

Vorbereitungen zur Revue.

Das Große recht heute und etwas im Sinne war, sollte in das erste.

Der Einnahme-freund Robert Flotow.

Der Einnahme-freund Robert Flotow, ein Großkaufmann der alten älteren Genossen des ehemaligen vierter Wahlbezirk besonders des Bezirks Ostern gut bekannt war, schrieb am 17. Juni 1923 an dem Bede einen Brief, in dem er antwortete, ob ich mich in seiner Wohnung, Parkstraße nach seiner Adresse erkundigt habe. Ich antwortete mit nein und bei der Auffassung. Bei Flotows Rückkehr wurde mir diese.

In dem Hause, in dem er wohnte, war beim Flotow etwa sechzigjähriger Junge mit einem mit Bleistift geschriebenen Zettel erschienen, auf dem stand:

„Werter Herr! Bitte um gefällige Angabe der Adresse des Herrn Robert Flotow, da ich ihm etwas zu senden habe, was ich nur selbst absenden kann.“

Adolf Hoffmann, In der Ostbahn 15.

Der Junge sagte: „Sie sollten die Adresse darauf schreiben oder ich den Zettel so wieder mitbringen.“ Auf die Antwort: „Den Zettel behalte ich“, trallerte der Junge ab.

Als der Bote sah, daß der Bote hatte in der Richtung zum Bahnhof den Weg nach der Bartholomäuskirche eingeschlagen, so war er sehr überzeugt, es mit einem Kunstschaffner von dem Herrn zu tun zu haben, fragte er sofort hinterher, welche Jungen am Arm und ging mit ihm zum Flotowhaus zum Berger Tor, wo er dem aus der letzten Zeit, dem bekannten Polizeikommissar Hoppe eine Beobachtung mitteilte.

Dieser ließ den Jungen hart an, die Wahrheit zu sagen, oder ich schließlich erkannt, den Zettel von seinem Onkel Springer war, wenn ich nicht sehr irrt — der Name, Genosse, erhalte ich. Nach Kenntnis dieses Namens wurde der Polizeiwachtmeister zum Hauptmann Hoppe mit folgendem Brief: „Springer? Mitteilung.“

„Ich so“, meinte Hoppe gezeichnet und zum Flotow wandte: „Ja, dann gehen Sie man ruhig nach Hause, alles in Ordnung. Sie brauchen sich keine Sorgen zu machen.“

Hoffnung folgt.

Arbeiterwohlfahrt und „Ge-So-Vei“.

In Düsseldorf wird gegenwärtig eine Ausstellung über die Arbeiterwohlfahrt und „Ge-So-Vei“ im Museum der Stadt eröffnet. Die Stadt hat am Rhein ein großes Gelände zur Verfügung gestellt und berechnet die Unkosten auf bis zu 15 Millionen Mark. Der Ruf nach Köln als Ausstellungsstadt läßt auch Düsseldorf nicht ruhen. Die Ausstellung trägt den Namen „Ge-So-Vei“ — Gesundheitspflege, Soziale Fürsorge, Leibesübungen.

Der Gedanke einer hygienischen Ausstellung ist nicht neu und als Appell an jeden Einzelnen in gewissem Umfang schon verwirklicht. Wohlfahrtsausstellungen sind bisher nur in kleinem Umfang, besonders zur Aufklärung des Volkes über deutsche Not und deutsche Leistung, veranstaltet worden. Was die Düsseldorfer Ausstellung auf diesem Gebiete bezweckt, ist unklar. Eine Darstellung der Massennot in Deutschland liegt wohl kaum in ihrer Absicht. Die in Düsseldorf beteiligten Parteien, die ja den besten Einblick haben, berichten: „Die Ge-So-Vei wird zeigen, was auf dem Gebiete der Gesundheitspflege, Sozialer Fürsorge und Leibesübungen geistig ist. Sie wird nicht die Größe des Landes zeigen.“ Nach den Vorbereitungen, die die öffentlichen Selbstverwaltungskörper und die freie Wohlfahrtspflege treffen, soll ein großartiges Bild vom Stande der Wohlfahrtspflege gezeigt werden, das dem Inlande den tatsächlichen Zustand verdeutlichen und dem Ausland ein überarbeitbares Bild von der deutschen Not geben wird. Zu dieser Sache ist die Ausstellung in ihrer Anlage kaum geeignet. Eine solche Ausstellung kann nur in einer Form, Methoden, Einrichtungen der Wohlfahrtspflege zeigen, sie kann aber nicht zeigen ihr Verweilen über den Umfang der Not. Wer die Kölner Ausstellung gesehen hat, weiß, daß wirklich lehrreich nur die Demonstrationen waren, die ja von Natur aus Gegenstände sind. Die rheinische Wirtschafts- und Städteausstellung blieb wesenlos. Ein guter Film gibt in ganz Deutschland mit viel geringerer Aufwendung viel bessere Eindrücke. Schon in Köln lauchte die Frage auf, ob für gewisse Zwecke der große, teure, unbewegliche Apparat solcher Ausstellung nicht überaltert ist. Kenner werden auf einer Wohlfahrtsausstellung nicht Neues sehen, das ihnen nicht schon in der Zeitung und in einer Schrift zugänglich gemacht wird. Der Neuling vor wird doch nichts lernen.

Die Aussteller in der Abteilung „Soziales“ in Düsseldorf werden besonders die Träger der Wohlfahrtspflege, die öffentlichen Selbstverwaltungskörper und freie Vereine, sein. Die Lige der freien Wohlfahrtspflege, in der sich ein Teil der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege, katholische, protestantische und jüdische, auch der Langzeitige Verband der Wohlfahrten, zusammengeschlossen hat, forderte auch den Hauptausdruck für Arbeiterwohlfahrt auf, in ihrem Rahmen auszuwirken. Die Lige hat die Absicht, die Bedeutung der Arbeiterwohlfahrt gegenüber der öffentlichen Wohlfahrtspflege zu zeigen. Die Lige wird also die Ausstellung zu einem Teil ihres Programms gegen die öffentliche Wohlfahrtspflege, und um ihren Triumph zu feiern, wirft sie 300.000 Mark für die Ausstellung aus. Für die Arbeiterwohlfahrt kommt eine Beteiligung an der Ausstellung der Lige schon deshalb nicht in Frage, weil sie grundsätzlich einen anderen Standpunkt einnimmt: Sie fordert die Einreihung der freien in die öffentliche Wohlfahrtspflege. Sie kann aber auch nicht die Mittel für eine so pompöse Ausstellung aufbringen. Woher die Lige-Verbände, die bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit wegen der Armut der freien Wohlfahrtspflege öffentliche Gelder für sich beanspruchen, die Mittel nehmen, ist unergründlich.

Wenn der Hauptausdruck für Arbeiterwohlfahrt selbständig in bestehenden Rahmen ausstellen würde, so würde es einen Kostenaufwand von mindestens 20.000 Mark erfordern. Eine proletarische Organisation hat solche Mittel nicht und kann sie vor allen Dingen nicht für solche Zwecke verwenden. Da überhört der freien und öffentlichen Wohlfahrtspflege — das Problem der „Ge-So-Vei“ — die wichtigsten für den Teil „Soziales“, überhaupt aufgehoben. Am 1. Dezember zählte die amtliche Statistik 360.000 unterste Erwerbsslose. Dazu kommen die nicht unterliegenden und die inzwischen erwerbslos gewordenen, ferner die Kurzarbeiter, die stoßend unteren Beamten und ihrer aller Familien. Das allein bedeutet ungeheure Massennot, die durch die Wirtschaftskrise entstehenden Hindernisse in Steuern, Reich, Länder und Gemeinden zur Sparsamkeit. In einem solchen Augenblick kann sich der Hauptausdruck für Arbeiterwohlfahrt nicht entschließen, Gelder auszugeben, um seine Leistungen auszustellen. Die Gelder der gesamten öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege müssen jetzt uneingeschränkt zur Linderung der Not verwendet werden. Darum hat der Hauptausdruck in seiner Sitzung vom 6. Dezember eine Beteiligung an der „Ge-So-Vei“ abgelehnt. Diese Ablehnung sollte über die Bindung der Arbeiterwohlfahrt hinaus vor aller Öffentlichkeit feststellen, daß die Verwendung von Mitteln für die Wohlfahrtspflege zur Ausstellungszwecken nicht billigen. Unsere Hoffnungen, die etwa bedauern, ihrer Organisation nicht auf der „Ge-So-Vei“ zu befragen, werden danach verstehen, daß wir die Leistungen auszustellen. Die Gelder der gesamten öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege müssen jetzt uneingeschränkt zur Linderung der Not verwendet werden.“

Hedwig Wachenheim.

Aus dem Reich.

Ein Kommunist als Gast bei Sedt. Die ganze deutsche Bevölkerung hat, daß am Sonntag ein Kommunist beim General Sedt zu Gast war. Nur die „Rote Fahne“ und ihre Anhänger verschweigen ihren Lesern diese immerhin nicht belanglose Erscheinung. Warum so schüchtern? Das kommunistische Zentralorgan bringt ein Interview mit dem in Berlin weilenden Tschischerin. Es hätte doch so leicht in einer Zeile hinzufügen können, daß der bolschewistische Volkskommissar mit dem Mann geflüchtet hat, der im Jahre 1923 als Inhaber der Volksgewalt die kommunistische Partei verlor.

Die Grenzen der Beamtenrechte. Der Disziplinart Hof für die Disziplinart Beamten hat über das Recht der freien Meinungsäußerung und das Petitionsrecht der Beamten folgende Entschelung gefällt:

„Die Ausübung des freien Meinungsäußerung in der Reichsverfassung vom 11. August 1919 gewährleisteten Rechts der freien Meinungsäußerung (Artikel 118) und des Petitionsrechts (Artikel 126) durch einen Beamten darf nicht über die ihm durch den Dienstverhältnis zum Staat gezogenen Schranken hinausgehen. Der Beamte hat nach auch in der Befolgung dieser Rechte, die ihm an sich zusteht, diejenigen Grenzen zu wahren, die aus § 2 des Disziplinargesetzes vom 21. Juli 1892 für sein Verhalten, dienstliches und außerdienstliches Verhalten ergeben. Er muß sich die durch Anstand und Sittlichkeit, sowie durch die Dienstverhältnisse gebotenen Formen innehalten, darf aber auch insoweit nicht gegen die ihm durch die Beamtenstellung auferlegten besonderen Pflichten verstoßen. Bei dieser Auslegung befindet sich der Disziplinart Hof in Übereinstimmung mit dem Urteil des preussischen Verwaltungsgerichtes vom 28. September 1921, sowie mit den Entscheidungen des Reichsdisziplinart Hofes vom 21. Oktober 1924 und vom 24. Februar 1925. Sie gilt auch für das Recht des Beamten, sich mit Eingaben an den Beamtenausdruck seiner Behörde zu wenden.“

Kleine Auslandsnachrichten.

Die Klage des Landtags von Memel gegen die litauische Regierung, die jüngst an das Völkerbundsekretariat geleitet wurde, ist von diesem dem Mitgliedern des Völkerbunds zur Kenntnis gebracht worden. Damit sie auch im Rate zur Verhandlung gelangt, ist erforderlich, daß von einem Vertreter der Regierungen, welche die Konvention von Memel unterschrieben haben, nämlich England, Frankreich, Italien und Japan, die Bezeichnung verlangt wird. Das ist bisher noch nicht geschehen.

Das Verhältnis zwischen der Schweiz und Deutsch-Österreich ist jetzt abgeklärt worden, sofern es nicht zum Antritt einer Stellung benötigt wird.

Der Sowjetbund und die slawischen Staaten. Die Russische Akademie der Wissenschaften hat ihr Mitglied Professor Karst nach Polen, Südrußland und die anderen slawischen Staaten Europas abgedeutet. Professor Karst soll engere Beziehungen zwischen den russischen Gelehrten und den Vertretern der Wissenschaft in den slawischen Ländern herstellen.

Tschischerin befriedigt über die Verständigung mit Stresemann.

Der russische Volkskommissar des Wechsens, Tschischerin, ist am Dienstag Abend mit dem sachsenmüthigen Dr. Zua über Königsberg nach Moskau abgereist. Er empfing vor seiner Abreise Professor Kretzer, denen gegenüber er sich über die deutsch-russische Annäherung äußerte optimistisch aus. „Das wird die „Rote Fahne“ nicht hindern, auf Grund des Vertrages von Locarno weiterhin von dem Gegenteil zu beharren.“

Ministeranlage der Minderheit in Prag.

In der tschechischen Kammer haben sämtliche Oppositionsparteien, das sind 140 Abgeordnete, beim Präsidium einen Antrag auf Erhebung der Ministeranlage gegen den Ministerpräsidenten Sochia und den ehemaligen Minister Franke wegen der im Verlaufe des Abbaufahrtes begangenen Gesetzwidrigkeiten gegen die deutschen, slowakischen und ungarischen Beamten, sowie gegen tschechische tschechische Beamte eingebracht. Außerdem wurden drei dringliche Anträge eingebracht, welche die Aufhebung des Abbaugesetzes beabsichtigen.

Hoffnung auf Frieden in Marokko?

Paris, 22. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Ministerpräsident Briand sah sich veranlaßt, am Dienstag mittags zu warnen vor übertriebenen Hoffnungen auf den schnellen Abschluß eines Friedens in Marokko. Eine Verständigung mit Abd el Krim hängt nicht allein von Frankreich, sondern auch von dem Einverständnis Spaniens ab. Es ist jedoch nicht zu leugnen, daß in den politischen Kreisen, vor allem der Linken, die Hoffnung groß ist, daß es nunmehr zu einer Verständigung kommen wird, nachdem Abd el Krim den englischen Hauptmann Canning nach Paris geschickt hat, um offiziell durch ihn die Friedensbedingungen Frankreichs und Spaniens in Empfang zu nehmen.

Fortführung der belgischen Koalition.

Brüssel, den 22. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Im sozialistischen Generalkrat fand am Dienstag die große Debatte über die Steuer- und Finanzreform statt. Wichtig wurde ausgedrückt, daß die Regierung bereits weitgehende Zugeständnisse gemacht habe. Trotzdem aber wurden von verschiedenen Rednern neue Konzeptionen gefordert. Vanden Velde machte geltend, daß wesentliche Änderungen jetzt nicht möglich seien. Er sagte: „Für die Wahl, entweder Frankreich nachzugeben, was die Demokratie entwertet ist, der Frankten dem Abgrund entgegenzueilen, die Unzufriedenheit wächst und der Sozialismus seine Schranken verliert, oder aber der Regierung zu folgen.“ De Brouckere, bisher führender Kritiker der Finanzreform, sagte, die Annahme des Budgets müsse unbedingt bis zum 31. Dezember gesichert sein. Die Finanzreform würde sonst eintreten und die Arbeiterklasse wäre ihr erstes Opfer. Voraussetzung für die Zustimmung der Arbeiterfraktion aber sei, daß auch die katholische Fraktion (sowohl in der Kammer wie im Senat) die Finanzreform ohne wesentliche Änderungen annehme. Im anderen Falle würde mit einem Sturz der Regierung zu rechnen sein. Ansele sprach sich im gleichen Sinne aus. Eine Resolution wurde mit allen gegen fünf Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen, in der die Fraktion beauftragt wird, dem Finanzgesetz zuzustimmen. Zugleich aber wurde eine Kommission eingesetzt, die für das nächste Jahr eine gründliche Finanzreform vorbereiten soll.

Damit ist für die Kammer die Annahme des Budgets für das kommende Jahr gemäß dem Verlangen anglo-amerikanischer Anteilgeber gesichert.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse vom 22. Dezember.

1 Pfund Sterling	20,34	100 kg. Kramen	15,50
1 Dollar	4,195	100 kg. Kramen	12,415
100 holl. Gulden	168,48	100 Schweizer Francs	80,93
100 belg. Francs	39,228	100 Belates	39,28
100 norm. Kronen	84,14	100 schwed. Kronen	112,81
100 Dänig. Gulden	80,66	100.000 ung. Kronen	5,875
100 Lire	16,925	100 öst. Schilling	50,19
100 dän. Kronen	104,32	100 Poln.	46,63

Aus aller Welt.

Die „Deutsche Welle“ beginnt zu senden. Die am 7. Januar 1926 ab in Zusammenarbeit mit dem „Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht“ über den Rundfunksender Königsplatz mit Welle 1300 zunächst pädagogische Vortragstunde verbreiten, die sich in erster Linie an die deutsche Lehrerschaft wenden. Die Übertragung des Abendprogramms der Berliner „Jungfunde“ (8½ bis 10 Uhr) mit Welle 1300 über den gleichen Sender bleibt bis auf weiteres bestehen.

Die Einweihung des Dienstes der „Deutschen Welle“ erfolgt am 7. Januar, mittags 12 Uhr, durch Ansprachen des Preussischen Kultusministers Professor Dr. Becker, des Staatssekretärs Dr. Brodow, sowie des Leiters des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht Geheimrat Balla. Sämtliche Reden werden über den Sender auf Welle 1300 verbreitet.

Das Urteil im zweiten Botzmerprozeß. Im Prozeß gegen die Gräfin Botzmer vor der Berufsgerichtsinstanz wurde folgendes Urteil gefällt: Die Angeklagte wird für zwei der drei Botzmer Fälle zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten, für den Potsdamer Fall zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt. Diese Strafe wird in eine Gesamtstrafe von vier Monaten zusammengezogen. Zwei Monate Untersuchungshaft werden angerechnet. Für einen der Botzmer Fälle wird sie freigesprochen. Der Haftbefehl wird aufgehoben. Gleich nach Verkündigung dieses Urteils wurde ein neuer Haftbefehl gegen die Angeklagte erlassen wegen der Untertunfälligkeit in dem Brief, den sie angeblich für Frau Rich geschrieben haben soll.

Im Prozeß gegen die Gräfin Botzmer vor der Berufsgerichtsinstanz wurde folgendes Urteil gefällt: Die Angeklagte wird für zwei der drei Botzmer Fälle zu einer Gefängnisstrafe von zwei Monaten, für den Potsdamer Fall zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt. Diese Strafe wird in eine Gesamtstrafe von vier Monaten zusammengezogen. Zwei Monate Untersuchungshaft werden angerechnet. Für einen der Botzmer Fälle wird sie freigesprochen. Der Haftbefehl wird aufgehoben. Gleich nach Verkündigung dieses Urteils wurde ein neuer Haftbefehl gegen die Angeklagte erlassen wegen der Untertunfälligkeit in dem Brief, den sie angeblich für Frau Rich geschrieben haben soll.

Sieben große Einbrüche in Berlin. In den beiden vergangenen Nächten sind in Berlin sieben große Einbrüche verübt worden. Am meisten heimlich wurden Konfektionsgeschäfte, wo den Eindringern Werte von vielen tausenden von Mark in die Hände fielen.

Eine Explosion in Bremen. Durch Entzündung von Leuchtgas, welches infolge eines noch nicht gesundenen Rohrbruchs in die Kabelkanäle der Reichspost gelangt war, entstand im Zentrum der Stadt Bremen eine schwere Explosion. Durch die Explosion wurden die Befestigung vor der Schröder-Bank und am Kaiser Wilhelm-Platz gesogener Kabelkanalstücke herausgerissen. Der dadurch erzeugte gewaltige Aufdruck ließ in den in der Nähe gelegenen Häusern zahlreiche Spiegel und Fensterstücken springen. Besonders hat das Rathaus an der Sägestraße gelitten, wo bis zum Dach fast sämtliche Scheiben in Trümmer gingen. Auch sämtliche Scheiben eines gerade vorbeifahrenden Straßenbahnwagens sprangen. Durch die umherfliegenden Glassplitter wurden zwei Personen verletzt.

Millionenfälschungen. Meldungen von der Verhaftung dreier Ungarn in Holland, die falsche französische Banknoten in Höhe von 10 Millionen Frankts bei sich hatten, nach Meldungen aus Budapest in Ungarn großes Aufsehen erregt. Nach einer Meldung der „Post“, soll es sich bei den Verhafteten um leitende Persönlichkeiten der Ungarischen Rechtsradikalen handeln. Der eine der Verhafteten, Oberst a. D. Jantowitsch, sei ein Schwager des ungarischen Kriegsministers. Die drei Gefangenen hätten in der Budapester Gelehrten eine Rolle gespielt. Die bei den Verhafteten gefundenen, vornehmlichen französischen Notizen sollten dazu dienen, dem vorstehenden ungarischen Sozialismus zu Geld zu verhelfen. Von der Budapester Polizei werde vermutet, daß die Werkstücke der Fälscher sich in Budapest befänden und es seien bereits Recherchen eingeleitet worden.

Der Bischof von Nishni-Nowgorod zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt.

Das Sowjetgericht verurteilte den Bischof Leoniti von Nishni-Nowgorod zu zehn Jahren Zuchthaus wegen Giftmordes, begangen an einer Frau, mit der er sich heimlich hatte trauen lassen. Er ließ die Tat begangen haben, um seinen Bischofssitzen behalten zu können, da die höhere Geistlichkeit im Zölibat leben muß. Die Sowjetpresse macht aus dieser Angelegenheit keine kirchenfeindliche Sensationsaffäre, teilt nur das Urteil kurz mit und berichtet nicht über die Einzelheiten.

Ein satomnischer Völkerbundvertreter.

Aus Sofia wird der „Reichspost“ nachstehende heitere Geschichte aus erster Zeit geschrieben: Nach dem Rückzuge der griechischen Truppen aus der Gegend von Petrißch standen große Kinder- und Schweineherden außerhalb der Ortschaft. Bulgaren und Griechen stritten um den Besitz der Tiere, als gerade Sir Horace Kumbold, der Delegierte des Völkerbundes, vorbeikam. Der trat nun eine überaus gefasste Entscheidung. Die Tiere werden selbst angeben, sagte er, „wohin sie gehören.“ Er befahl allen Anwesenden, sich auf größere Straßen zu entfernen und die Tiere bis zum Eintritt der Dunkelheit allein zu lassen. Als es nun Abend wurde, lachten die Herden von selbst den Weg in ihre gewohnten Ställe, das heißt, sie gingen erst langsam, dann immer schneller in den Ort und begabten sich in ihre Quartiere. Damit war die Entscheidung getroffen und die Griechen hatten das Nachsehen.

No. 711 Cold Cream & Matt-Creme
Sammetweiche Haut
nimmt jede Frau ihr eigen, als sich regelmäßig der einwirkenden No. 711 Hautpflege-Mittel bedient. Der ständige Kontakt mit den warmen, ungesättigten Tönen ist ausgelöst — durch die tägliche Massage mit No. 711 Cold Cream, gewissenhaft vor dem Schlafengehen vorgenommen, hat die erschöpfte Haut belebt, zu neuer, gesunder Tätigkeit angeregt und sie in kurzer Zeit blühend gemacht. — Täglich erwies sich No. 711 Matt-Creme als unentbehrlich; der Puder hat sich gleichmäßig und fein auf dem mit No. 711 Matt-Creme behandelten Gesicht, eine köstlich sammetweiche Zartheit überzieht die Wangen.

Nur echt mit der gen. markt. 711 (Eigene Cold-Cream-Fabrik)

Stadt-Theater

Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Jerusa.
Freitag 8 Uhr:
Jugendvorstellung zu ermäßigten Preisen
Der tolle Mond
Sitzauf:
Die Puppenfee
Abends 7 Uhr:
In völliger Neuinszenierung:
Lohengrin
Sonntags 3 Uhr:
zu ermäßigten Preisen
Undine
Abends 7 1/2 Uhr:
Das verfluchte Leben.

Bereinigte Theater

Lobetheater
Belfingstr. 8, Tel. 319. 6774
Mittwoch, 23. Dez. 5 1/2 Uhr:
„Sohnemittchen und die sieben Zwerge“
Mittwoch, 23. Dez. 8 Uhr:
„Grund von Bergerar“
Donnerstag, 24. Dezember
geschlossen!
Epithetheater
Schwanenstr. 3, Tel. 319. 6700
Mittwoch, den 23. Dezember
Donnerstag, d. 24. Dezember
geschlossen!

Schauspielhaus

Operettenbühne.
Tel. Stephan 37466.
Mittwoch, 8 Uhr:
Antreten Walter Jankuhn
in neuer Ausstattung
Der Orlow.
Weihnachts-
Spicoplan
Nachmittags

Der Kasteihinder

Freitag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Der Kasteihinder
Sonntags nachm. 3 1/2 Uhr:
Antreten Walter Jankuhn
Zum 25. Male
Wiener Blut.
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:
Antreten Walter Jankuhn
Gräfin Mariza.
Abends
Theat. 8 Uhr:
Gastspiel Elli Lenx
Antreten Walter Jankuhn
in neuer Ausstattung.
Der Orlow.

Lieblich-Theater

Telefon Stephan 34646
Täglich 8 Uhr:
Das große
Weihnachtsprogramm
Ermäßigte
Eintrittspreise
von 0.75 Mk. an!
Vorverkauf: Theaterkasse
und Verkaufsbureau Barasch.

Fräulein

Einladung: a.
Hochzeit
E. D. Pögel,
Abelstraße 79, 1. Kellerei
Breslau

Turner

Neu wieder den guten
Hochzeit mit Kunst-
lederhüte, Hinterflappe
u. Gummiband
Art 44
Folgt u. billiger Turnhüte.
Bei den Knieen macht
hübsch knieende von Barasch
nach Dresden geliefert. Re-
klamieren Sie heute noch in-
teressante Preise!

E. Kleye

Genügend, sehr schön,
Kleider O. S.
Gegen Entlohnung u. 2. 2.
ein Kleiderkasten zur Probe.

Spezialkaffee

Spezialkaffee i 90
H. Qualität empfiehlt
C. H. H. H.
Kaffee- u. Kakao-Handlung
Schwanenstr. 29b

Victoria-Theater
Telefon: Ring 2297

Sichern Sie sich für die
Feiertage Billets im
Vorverkauf!
I. II. und III. Feiertag,
nachmittags 4 Uhr und abends 8 1/2 Uhr:
Varleté-Schau!
Die größte Sensation des XX. Jahrhunderts!

Ran el Geny
Indischer-Wunder-Yogi
Gießt sich im Beisein von Aerzten
:: siedendes Blei in den Mund ::
Nagelt sich 15 cm lange Nägel in den Kopf.

Das Weltwunder aller Fakire
Das Rätsel aller Aerzte
Unkopierbar - unerklärlich

Theater-Schau:
Jean Blatzheim
mit seinem Ensemble (10 Personen)
in dem tollen Schwank:

Mühsches Mädchen zu verschenken!
3 Akte. 3 Akte.
Eintritt 50 Pf. bis 3⁵⁰ Mk. (Orchestersitz)
Nachmittags die volle Abend- halbe Preise (außer Balkon)

Das große Weihnachts-Programm:

„Marco“
und **„Die Besie von San Silos“**
Ein seltsames Urwald-Abenteuer.

Feiertag: **„Pat u. Patachon auf der Weltreise“**
An allen drei Feiertagen
um 3 Uhr große Kinder-Vorstellung:

„Pat und Patachon“
„Onkel James Erbschaften“
„HARALD LOYD“

Eintritt 2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Im Restaurant: **Musik. Unterhaltung.**
Im Saale:

1. Feiertag: **Konzert vom I. Bandorion-Orchester.**
2 u. 3. Feiertag: **TANZ.**

Billiger Fleischverkauf!

Zum Weihnachtsfeste empfiehlt meine Fleisch- und
Wurstwaren zu herabgesetzten Preisen.
Schweinefleisch Pfd. 1.10 Mk.
Sappelfleisch Pfd. von 75 Pf. an
Küchfleisch ohne Knochen Pfd. 1.00 - 1.20 Mk.
Gehacktes Pfd. 80 Pf.
Hammelfleisch Pfd. 78 - 90 Pf.
Raschfleisch Pfd. 1.30 - 1.40 Mk.
Frischer Speck u. Langzeit . . . Pfd. 1.20 Mk.
Geräucherter Speck Pfd. 1.40 Mk.
Geräucherter Bratwurst Paar 25 Pf.
Ungeräuch. Bratwurst Pfd. 1.00 - 1.40 Mk.
sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren
zu billigsten Preisen.

Adolf Weiß, Moltkestr. 13
Fernsprecher R. 2669. 5752

Druckerei Volkswacht

Moderne, zweckmäßige und saubere
Ausführung aller Druckarbeiten
preiswert und bei kürzester Lieferzeit
Breslau 2, Flurstraße 4-6.

Hochmann's Liköre

bei jedera Feste
das Beste!
SPIRITUOSEN

Sie kaufen gut u. billig
Wassbrand, Rum u.
Liköre bei
D. Kochmann
Breslau I. nur Weidenstraße 25

Plisse

stets Neuesten in
jedem gewöhnlichen Art,
schön und sauber
Verrufen nach auswärt. 6358
Nähmaschinen
für Haushalt und Gewerbe.
Nur das deutsche Fabrikat.
Langjährige Garantie. Teilzahlung.
Reparatur-Verwaltung.

J. Sollitt, Breslau I
Althäuserstraße 26. Telefon Ring 793

Hut-Haus Hanke

Friedrich-Wilhelm-Str. 23
Die große Mode
Velou-, Haar- und Filzhüten,
Mützen und Hutmacherfilzschuhe
Nur beste Erzeugnisse!

Roggen - Gold
Weizen - Gold
die führenden Breslauer Kornmarken!
Carl Schirdewan K.a.A.
Kornbrennerei seit 1762. 5669

Romane und Erzählungen

Gute und sehr billige
finden Sie stets in der
Volkswacht-Buchhandlung Modernes
Antiquariat
Breslau III, Neue Graupenstraße 5/7.

Saberöder Nähmaschinen

Spezialapparat u. besten
Zubehörteile u.
Georg Greulich
Hummerei 52/53
Reparaturwerkstatt:
Hummerei Nr. 28, I.
Schwanenstr. 2-10 Pf.
Telephon: Schwanenstr. 16.

Joppen

in großer Auswahl
sehr preiswert
Oskar Dehmel
Neumarkt 45.

Genossen!

Genossinnen
Eure Familien-
anzeigen der
Volkswacht!
Masken-
Perücken
vielfach preiswert
Lohberg, Teichstr. 132

Rahma-buttergleich
in jedem Haus
beliebter Schmaus

1/2 lb nur 50 Pfg.



Kinderzeitung „Der kleine Coso“ oder die
Lachzeitung „Tipp“ gratis.

Gute Wünsche billig!

Eigene Fabrikation
Gute Stoffe, beste Näherell
Damen-Hemden
M. 1.30 1.60 2.05 2.60
Nachthemden
M. 3.90 4.30 5.80 6.50
Damen-Beinkleider
M. 1.40 1.75 2.05 2.60
Untertalilen
M. 1.70 2.15 2.60 2.85
Prinzeß-Röcke
mit Heblsaum und Stickerei
M. 3.50 3.75 4.50 5.40

BENNO SCHENK

Neumarkt 9.

Unser Geschäft geht gut

weil die große Auswahl in Bürsten, Besen, Scheu-
tüchern, Kämmen, Fußmatten, Klopfern, Pinseln,
Abstäubern, Toilette-Artikeln für jeden Käufe
Passendes zu niedrigen Preisen bietet.

London & Co., G.m.b.H., Oderstraße 5 2. Viertel vom Ring

Hut-Waerber

Adalbertstraße 13 und
Weißbubnerstraße 7
Aparie Herren-Hüte und -Mützen
Der Propaganda-Hut
schon von **6.50** Mk
an
Herren-Wäsche-Abteilung.

Die kluge Hausfrau sieht

beim Einkauf von Kaffee-Zusatz
nicht auf Zugaben, sondern
nur auf die anerkannt beste Qualität
und das ist
nach wie vor

Aecht Franck
mit der Kaffeemühle

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. Dezember.

Das Elend der Unfallversicherung.

Von Friedr. Kleis. Die während des Krieges einsetzende Geldentwertung und die spätere Zusammenbruch der deutschen Währung schädigte in hohem Maße auch die Empfänger von Renten aus der Unfallversicherung...

Für die Jahre 1921 bis 1923 wurden auch keine näheren Angaben über die Entschädigungsbeträge in der Unfallversicherung veröffentlicht. Das Reichsversicherungsamt entband sogar die Versicherungsträger von einschlägigen Nachweisen...

Bei der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, die im Jahre 1914 19 Millionen Mark im Jahre 1924. Berechnet auf die eine versicherte Person wurden im Jahre 1914 an Entschädigungen gezahlt 16,86 Mark, im Jahre 1924 aber nur 1,65 Mark...

Die Zahl der Unfälle ist keineswegs zurückgegangen; vielen Berufsgenossenschaften hat sie zugenommen. Bei der Süddeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft stieg sie z. B. von 2352 im Jahre 1914 auf 2703 im Jahre 1924...

Diese sieht wie folgt aus: Bei den vor dem 1. Juli 1914 geltenden werden die alten Jahresarbeitsverdienste der Rentenberechnung zugrundegelegt mit der Maßgabe, daß eine Verwirklichung des alten Jahresarbeitsverdienstes eintritt um 1,65 bis 2,50 um 1, je nachdem in welchen Jahresgruppen von 1885 bis 1914 der Unfall ereignet hat...

Breslau, die Stadt der niedrigsten Löhne.

In den Monatsberichten der Stadt Breslau, herausgegeben vom hiesigen Statistischen Amt, finden wir eine Zusammenstellung der Löhne wichtiger Arbeitergruppen in Breslau und anderen Großstädten. Die Breslauer Löhne erscheinen darin bescheiden niedrig, und die Aufstellung zeigt, wie viel bei uns noch zu tun bleibt...

Table with columns: Tariflöhne in den Städten, Baugewerbe, Holzgewerbe, Bad- u. Leigwaren-Industrie, Reichsbahn, Metallgewerbe, Brauergewerbe. Rows list cities like Berlin, Hamburg, Breslau, etc.

Unter den 21 Großstädten steht Breslau der Einwohnerzahl nach an liebender Stelle, bezüglich der Löhne aber stehen in Breslau die Maurer und Zimmerleute an sechzehnter, die Bauhilfsarbeiter an vierzehnter, die Facharbeiter im Holzgewerbe an fünfzehnter Stelle...

Metallarbeiter, und ebenso sind die Löhne im Brauergewerbe fast nirgends so niedrig als in Breslau. Wie „konturenfähig“ aber die Breslauer Industrie bei ihren niedrigen Löhnen ist, das zeigen die vielen Kontur- und die ungeheure Arbeitslosigkeit...

um 1,25 vermindert, das heißt also, er wird um ein Viertel erhöht. Der Betrag in Markwährung ist dabei ohne Berücksichtigung der früheren Drittelsungsgrenze in vollem Umfang anzusetzen und zu berechnen...

Geht alle in die Bücherchau der Volkswacht-Buchhandlung in der Fortbildungsschule Gartenstraße im Hause der Markthalle, Zimmer 3. Bis 23. Dezember einschl. täglich von 4-10 Uhr abends.

Die Zahlung der einmaligen Zuwendung an die Wartegeldempfänger, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebenen der Gruppen 1-6 erfolgt durch die Regierungshauptkasse Breslau vom Mittwoch, den 23. Dezember, ab, in der Zeit von 9-12 Uhr vormittags...

Schredlich. Die „Schlesische Tagespost“ meldet in ihrer gestrigen Nummer von einem Lannenberg-Film, der zurzeit in Berlin läuft und in dessen Mittelpunkt wir haben ja von solchen Dingen aufeinander noch nicht genug erlebt...

Ausstellung eines Eigenheims. Die gemeinnützige Siedlungs-Gesellschaft „Eigenheim Eichborngarten“ hat auf ihrem Gelände zwischen Großhener Straße (Spaltstraße der Linie 10 und 11) und Kirchstraße, und zwar Keilweg Nr. 15, ein Eigenheim ausgeführt...

Wie die Wirtschaftsbetriebe für städtische Arbeiter.

Vom Gemeindearbeiter-Verband wird uns geschrieben: Die Stadtverordnetenversammlung vom 17. Dezember hatte dem gemeinsamen Antrage der Sozialdemokraten und Kommunisten zugestimmt, den städtischen Arbeitern eine einmalige Beihilfe von einem Wochenlohn zu gewähren...

Wie mir erfahren, hat nun aber der Magistrat in seiner Sitzung vom Freitag die Wirtschaftsbetriebe für die Arbeiter abgelehnt, trotzdem die Stadtverordnetenversammlung die Deckungsfrage bereits geregelt hatte.

Vorsicht mit dem brennenden Weihnachtsbaum! Wieder einmal steht das Weihnachtsfest vor der Tür, das Zauberspiel für jung und alt. Der im Lichterglanz erstrahlende Baum bildet, wie sich alljährlich an vielen Unfällen zeigt, eine nicht geringe Gefahr...

1. Der Baum soll einen festen und schweren Fuß haben, damit er nicht umfallen kann. 2. Unterlagen aus Teppichen, Lächern und Papier sind zu vermeiden. 3. Der Baum soll frei im Zimmer stehen, von Gardinen und Vorhängen so weit entfernt, daß Zugluft sie den Kerzen nicht zu nahe bringen kann...

Ein kleiner zoologischer Garten hat sich zurzeit im kleinen Saale des Stablamms „Oberbazern“, Gartenstraße 65, etabliert. Gegen ein mäßiges Entgelt bekommt der Besucher allerdings interessante Tiere zu sehen, so zum Beispiel ein Biber, ein noch nie gesehenes sogenanntes Wislacha, ein amerikanisches, sehr hübsches und gefälliges Vogelchen...

Gewerkschaftsbewegung.

Verständigung in der Metallindustrie Niederschlesiens?

Nach Verhandlungsschluss wird uns mitgeteilt, dass die bisher geführten Verhandlungen in der Metallindustrie Niederschlesiens zu einem positiven Ergebnis geführt haben. Näheres darüber berichten wir morgen.

Menschenopfer in der Sprengstoffindustrie.

Eine vom Fabrikarbeiterverband einberufene Konferenz der Sprengstoffarbeiter, die am 13. Dezember in Hannover tagte und aus allen Betrieben besetzt war, beantragte den Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes, für die möglichst Beseitigung der Unfall- und Prämienarbeit in der Sprengstoffindustrie und Bezahlung einer Gefahrenzulage einzutreten. Die Forderung ist nicht neu, sie wurde aber bisher von den Arbeitgebern mit den niedrigsten Ausreden abgelehnt.

Es ist bekannt, dass in der Sprengstoffindustrie fortgesetzt Explosionen zu verzeichnen sind, die meist eine Reihe Menschenopfer fordern. Im letzten Jahre sind durch die Tagespresse folgende Explosionen bekannt geworden: Pulverfabrik Kunigunde 3 Tote, Sprengstofffabrik Reinsdorf 14 Tote, 3 Schwere und 40 Leichtverletzte, Pulvermühle Bergisch-Grubach 1 Toter, mehrere Schwerverletzte, Pulverfabrik Bommig 2 Tote, 6 Leichtere, Pulverfabrik Silberhütte-Farzenrode 1 Toter, Feuerwerksfabrik Neuenburg eine 18jährige Arbeiterin tot, 4 Schwerverletzte und eine größere Anzahl Leichtverletzte.

In der Konferenz wurde ausgeführt und nachgewiesen, dass die meisten dieser Unfälle, die nicht nur die Betriebsarbeiter und Betriebe, sondern auch die Nachbarschaft gefährdeten, durch Unreinlichkeit und Unfall- und Prämienarbeit verursacht sind. Da die Arbeit in Sprengstoff- und Pulverfabriken die größte Aufmerksamkeit erfordert, diese Aufmerksamkeit aber durch Unfall- und Prämienarbeit herabgemindert wird und kleine Versehen, wie Fallenlassen von Sprengstoff, Vorhandensein auch kleiner Fremdkörper in Misch- und Rneinmaschinen und ähnlicher Vorgänge ungeheure Gefahren ausgesetzt werden, ist die Forderung auf Beseitigung der Unfall- und Prämienarbeit berechtigt und notwendig. Die Arbeiter müssen das sichere Gefühl haben, dass sie sich stets lebendig und mit ihren Knochen aus der Fabrik herauskommen.

Die Arbeitgeber bestreiten nicht nur, dass durch Unfall- und Prämienarbeit die Gefahr erhöht werden, sondern vertreten mit dreifacher Behauptung, dass die Sprengstoffindustrie nicht gefährlicher als jede andere Industrie ist. Sehr häufig wird sogar behauptet, dass die Arbeiter die Explosionen durch Reichtum oder Mutwillen selbst verschuldet haben. Sich gegen solche Unterstellungen zu wehren, ist nicht möglich, weil die in Frage kommenden Arbeiter im Interesse der Unternehmer meist zu Tode gekommen sind und ihnen damit der Mund für immer geschlossen ist.

Leider haben die Arbeitgeber in Kreisen der Gewerbeaufsichtsbeamten, der Aufsichtsbeamten der Berufsvereine und auch in den Kreisen der Presse Bekanntheit gefunden, die ihnen Gutachten in diesem Sinne ausgestellt haben. In einem solchen Gutachten wird behauptet, dass die Gefährlichkeit der Sprengstoffindustrie ganz allgemein übertrieben dargestellt wird, weil die Sprengstoffbetriebe in ihren Bauabteilungen und in der Apparatur nur aus Schutzrichtungen bestehen. In einem ähnlichen Gutachten wird gesagt, dass die Arbeit in Pulverfabriken sehr leicht und angenehm und durch viele im Produktionsgang folgende Pausen in freier Luft in den Höfen der Fabrik auszubringen und dass der Reiz der Tätigkeit in der Fabrik liegt, den Arbeitern den Aufenthalt in der Fabrik angenehm macht.

Es ist schwer anzunehmen, dass solche Gutachten aus innerer Überzeugung, unbeeinflusst von den Unternehmern, zustande kommen können. Da diese Ansicht der Unternehmer den Weg in die breite Öffentlichkeit gefunden hat und noch weiter findet, ist es ein Gebot der Pflicht, das Unhaltbare und Unwahre dieser Ansicht in der Öffentlichkeit ebenfalls bekannt zu machen. Nur unter dem Druck der öffentlichen Meinung wird es gelingen, Behörden und Regierungen für einen größeren Arbeiterschutz in der Sprengstoffindustrie zu interessieren. Wo sich Arbeit als Menschenopfer erwacht, haben alle Kräfte auf den Unternehmer zu wirken, bis er an erster Stelle hat der Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter zu treten. Das haben die Arbeiter in ihrer Konferenz zum Ausdruck gebracht.

Wenn man bedenkt, dass in der gekauften Sprengstoff- und Pulverindustrie Deutschlands gegenwärtig höchstens 8000 Arbeiter beschäftigt werden, so ergibt sich aus den bisher bekannt gewordenen tödlichen Unfällen des letzten Jahres, dass die Sprengstoffindustrie mit ihren Gefahren an erster Stelle der gefährlichsten Industrie steht. Die Sprengstoffarbeiter haben also ein Recht zu verlangen, dass der Arbeiterschutz ausgebaut und wirksam durchgeföhrt und jede Arbeitsweise ausgeschlossen wird, die zur Erhöhung der Gefahren beiträgt. Für den Rest der Gefahren, der auf diese Weise nicht beseitigt werden kann, muss ein Ausgleich in Form einer Gefahrenzulage geschaffen werden. Bevor dieses Ziel erreicht ist, werden sich die Sprengstoffarbeiter nicht zurückziehen.

Ründigung des Reichstarifes in der Schuhindustrie.

Der Verband der Schuhindustriellen hat auf seiner letzten Tagung beschlossen, den Reichstarifvertrag für die Schuhindustrie, der am 28. Februar abläuft, am 31. Dezember zu kündigen. Er will eine Reihe von Forderungen vorlegen. Der Schuhmacherverband wird, sobald diese Forderungen vorliegen, eine Petition einbringen.

Der Abschluss der Schuhindustriellen, die sonst nicht zu den ausgesprochenen Schmaroten gehören, wirkt etwas überheblich. Anscheinend wollen aber auch die Unternehmer der Schuhindustrie die Zeit der schlechtesten Konjunktur benutzen, um die zentrale Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzubauen.

Die Kupferhämde Hamburgs

Neben seit dem 1. Dezember im Streit, nachdem der Versuch, zu einer Einigung mit den Unternehmern vor dem Schlichtungsausschuss zu kommen, fehlgeschlagen war. In dem Streit sind 22 Betriebe mit 171 Kollegen beteiligt. In 10 Betrieben mit 42 Beschäftigten sind die Forderungen insofern anerkannt. Von den Unternehmern wird nun versucht, Arbeitsverträge mit auswärts heranzuziehen. Insbesondere ist es ein gewisser Köpfermann-Hamburg, Lappenberg 19, der als Arbeitsvermittlungsagent für Kupferhämde tätig ist. Auch das Landesarbeitsamt Hamburg versucht durch Vermittlung der übrigen Landesarbeitsämter Kupferhämde nach Hamburg zu ziehen, obwohl nach den Streitenden noch genügend arbeitssüchtige Kupferhämde vorhanden sind. Es wird deshalb dringend vor dem Jungs nach Hamburg gewarnt.

Lohnabwärtische in der Kartonnagenindustrie.

Der Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten hat in einem Schreiben an den Vorstand des Deutschen Arbeiterverbandes zu dem am 31. Dezember ablaufenden Lohnabkommen des Reichstarifs für die Kartonnagenindustrie eine Herabsetzung des gegenwärtigen Lohnabkommens der Ostzone 1 von 88 Pf. auf 70 Pf. pro Stunde beantragt. Wörtlich schreibt er dazu: „Um den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung zu tragen, müssen wir beantragen, dass für die Zeit ab 1. Januar 1926 der Lohnstarif wieder in Kraft tritt, der ab 27. Februar dieses Jahres Geltung hatte und einen Spitzenlohn der Ostzone 1 von 70 Pf. vorsah.“ Eine weitere Herabsetzung wird bei dem Arbeitstarifabkommen vorgeschlagen, das am 31. Dezember ebenfalls kein Ende erreicht, und zwar wird dazu beantragt, dass der bisherige Tarif auf 12 1/2 Prozent auf die 49. bis 54. Stunde in Fortfall kommen soll.

Ein höchster Preis.

Der Essener Oberbürgermeister Dr. Bracht hat Professor-treuen folgende Darlegungen seines Standpunktes zu der Frage des Arbeitslosenproblems und der Notstandsarbeiten: Die Beschäftigung Erwerbsloser mit öffentlichen Notstandsarbeiten, für die fast nur Erdarbeiter jeder Art praktisch brauchbar sind, wird nur ein schwacher Notbehelf sein. Anstatt das Reich und Staat sich erschließen, hierfür viele Tausende von Millionen bereitzustellen, hätte ich persönlich für praktischer, diese Beträge, soweit irgend möglich, der Wirtschaft zuzuführen, vor allem aber auch in Form von Darlehen, da hierdurch der Krise in vielen Fällen besser und nachhaltiger abgeholfen werden kann, als wenn man aus öffentlichen Mitteln Notstandsarbeiten unter großen Kosten ausführt, sofern sie nicht ein dringendes und unaufschiebbares Bedürfnis erfüllen.

Ohne uns auf die „Erdarbeiter-Theorie“ des Essener Oberbürgermeisters einzulassen zu wollen, müssen wir feststellen, dass kein Vorschlag auf die Finanzierung von Betrieben hinweist, die doch nach Verpfeuerung der für Notstandsmaßnahmen zur Verfügung stehenden Mittel in kürzester Zeit wieder vor der gleichen, wenn nicht vor einer komplizierteren Situation stehen würden. Die Krise kann nicht durch eine übermäßige Lockerung der Kredit-schraube, sondern durch eine wirkliche Gesundung der Wirtschaft übermunden werden. Auf dieser Linie liegt der Vorschlag des Essener Oberbürgermeisters nicht.

Auf der Höhe

ist wieder einmal die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“, die von sich aus immer behauptet, dass sie die Interessensvertretung der Arbeiterschaft in Erzgebirge ist. Weder in der Zeit der großen Schließung der Metallindustrie in der erzgebirgischen Industrie. Am Montag brachte das „Rote Wort“ unseren Bericht mit unvollständigen Vermerken des „Arbeiter-Zeitung“ dazu, dass man den Beschluss der Industriellen Kenntnis zu geben. Am Ende ist ja auch eine solche Angelegenheit für die „Schles.“-Arbeiter-Zeitung als „alleinige Sachwalterin von Arbeiterinteressen“ kein Ding von besonderer Wichtigkeit.

Der Amerikanische Holzarbeiterverband tritt der Holzarbeiter-Internationale bei.

Amsterdam, 21. Dezember. (Eigener Bericht.) Das hier tagende Exekutivkomitee der Holzarbeiter-Internationalen beschloss, den Amerikanischen Holzarbeiterverband mit dem 1. Januar 1926 in die Internationale aufzunehmen. Dieser Verband zählt 340 000 Mitglieder. Der Exekutivausschuss beschloss a. u. auch eine Einladung des wirtsch. Holzarbeiterverbandes, zu seinem Kongress im Januar 1926 eine Delegation nach Moskau zu entsenden. Es wurde beschlossen, diese Einladung nicht anzunehmen.

Die Reichsarbeitsverwaltung hat die beiden Reichstarife für das Buchbindergewerbe nebst Lohnabkommen (Api- und VDB-Tarif) mit Wirkung vom 1. Dezember 1925 für das gesamte Deutsche Reich als allgemein verbindlich erklärt.

Wirtschaft.

Serbe Wahrheiten für unsere Großindustrie

Es ist ein landläufiger Irrtum der kapitalistischen Herren unseres Wirtschaftslebens, ihre Profitinteressen mit den allgemeinen volkswirtschaftlichen gleichzusetzen. Mit dieser These reden sie von der „Wirtschaft“ oder der „Landwirtschaft“, um für den Abbruch der als die anspruchsvollen Wächter des Gemeinwohls aufzutreten, die wohl berechtigt sind, auch von den Arbeitern und Verbrauchern weisende Opfer für die Wirtschaft zu fordern. So hat man namentlich im vorigen Jahr in gutgepielter stiller Empörung die Gewerkschaften angeklagt, die so dreist waren, nach den ungeheuerlichen Opfern der Inflationszeit nicht widerstandslos den unegennütigen Führern der Industrie, den Borzigs und Genossen, den letzten Hemdzipfel des Arbeiters, das letzte Restchen Sozialpolitik zum Opfer bringen.

Die Arbeiterschaft ist in ihrer großen Mehrheit nicht auf diesen Leim getreten. Umso größeren Erfolg haben die Herren bei den Klassengenossen in der Reichsregierung und ihren Ministerialbeamten gehabt. Hier kommt zu der allgemeinen anti-demokratischen Einstellung, die jedem „geborenen Führer“ williges Ohr leiht, in vielen Fällen ein gemeinsames materielles Interesse, handle es sich um eigene oder fremdenverwandte Kapitalanlagen oder um Hoffnungen auf künftige einträgliche Stellen in Verwaltung oder Aufsichtsräten großkapitalistischer Betriebe. So sehen wir heute die fromme Mär von dem im Dienste der vaterländischen Wirtschaft schwer arbeitenden und sich dabei kärglich über Wasser haltenden Wirtschaftspraktikern in unangenehmer Stellung bei der hohen Bürokratie, die heute den Staat viel unumschränkter regiert als in irgend einer früheren Zeit.

Darum ist es erfreulich, wenn einmal von einem Mann, der selbst vom Bau ist und die Dinge von innen her kennt, ein wenig der Schleier gehoben wird und anstatt des abgeleiteten Morkschalls den nüksternen Tatsachen das Wort verleiht wird. In der „Frankfurter Zeitung“ schreibt der Kölner Syndikus Dr. Schäfer den Industriegewaltigen einige Worte ins Stammbuch, die allgemeine Verbreitung verdienen. Das sie in den Kreisen, an die sie gerichtet sind, Gehör finden, ist freilich kaum zu erwarten. Die „Frankfurter Zeitung“ ist als wirtschaftliches Fachblatt allgemein anerkannt, aber ihr politischer Einfluss auf die führenden Wirtschaftskreise ist sehr gering. Inwiefern sind eben stärker als Einflüsse, mögen ihre Rückschlüsse gültigen Auswirkungen am letzten Ende auch für die letzte Grundlage dieser Interessen zerfallen sein. So dürfte der getreue Gehör der deutschen Großindustrie wohl ein Prädikat in der Reihe bleiben. Zum Glück wollen wenigstens wir, die wirtsch. Freunde der Wirtschaft und eben darum unerschrockene Gegner ihrer Ausbeuter sind, etwas von ihm lernen. Dr. Schäfer knüpft an die Mahnungen an, die zwei hervorragende Wirtschaftsführer ihren Berufsgeossen gegenüber haben. Reichsbankpräsident Dr. Scharf hat auf der Tagung des Reichsarbeitsverbandes der deutschen Industrie zur Einsicht in die eigenen organisatorischen und persönlichen Mängel aufgerufen. Und der Vorsitzende der westlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Dr. Reich, hat gleichfalls eine Mahnung zur Selbstkritik und Sparsamkeit ausgesprochen. Schäfer unterstreicht das. Man wird niemals den Massen der Arbeiter und Angestellten die Beförderung auf ihre heutigen Einflüsse als Unvermeidlichkeit gemaßfand machen, solange noch große Teile der deutschen Bevölkerung in und ausländische Luxusstädte bewohnen, solange noch in Vermohnungsgebäuden von Werken, Korallen und Wohnen ein mancherlei aufreglicher Prunk fast noch besteht. Wie soll der Arbeiterführer oder Betriebsmann, der solche „Stätten der Arbeit“ betritt, an die Unmöglichkeit einer Volkshygiene denken?

Nicht minder deutlich durch den Synodus hat über die Verhältnissfrage in der Industrie. „Für eine Wirtschaft, die trotz rücksichtlos ausgebeuteter Unternehmungsformen über Führt und Unterführt, schließlich aber alle ihr mittelbar oder unmittelbar dienenden geistig körperlichen Personlichkeiten der Schematisierung, Bürokratisierung und Monopolisierung preisgibt, überlebt“ Die in Löhne gekommenen Arbeiter-Klassen der Betriebsleiter hätten neue Schematisierung und eine Mechanisierung gebracht, die den Fabrikarbeitern den Betrieb immer mehr überläßt. Der Kritiker meint, damit man sich nicht täuscht, war so wenig aber durch richtige Lösung der Führerfrage etwas Kausalität geschaffen. In den Kongressen habe es noch an der orga-

natorischen Abwandlung, der sachgemäßen Gliederung der in den Inflationszeit gelegentlich zusammengekauften Betriebe. Dem stehen aber Hemmnisse entgegen, die eine Vereinigung des Personlichen und der Persönlichkeit darstellen. „Bei den Familienbetrieben ist heute die zweite oder dritte Generation im Besitz der Unternehmung. In deren Händen nimmt die Wirtschaftsführung vielfach einen präventios repräsentativen Charakter an. Auch dadurch stößt lebende Fabrikanten auf taufende Widerstände und die Reibungen aus der Verschiedenheit von Bildung und Weltanschauung. Nach Schlimmer ist es, daß „Beziehungen“ in wachsendem Maße mehr als Leistung, das gilt für die Beziehung der höchsten Stellen wie für die Auswahl der Unternehmer und ihres Nachwuchses. Man wird bei manchen Werken den Eindruck nicht los, daß sie ihren Ingenieurnachwuchs vorzugsweise aus bestimmten studentischen Korporationen oder ähnlichen Geselligkeitsvereinen beziehen. „Unsere Wirtschaftskraft droht zu erstarren in diesem allem rein fachliche Tätigkeit übernehmenden Dilettat der „Beziehungen“. Mit Beziehungen sichern die gar nicht so seltenen Nachfolger ihre Stellen, die im übrigen von der höheren Repräsentation leben. Das Streben nach Beziehungen ist der Anlaß, wenn Erben namhafter Namen, hohe Würdenträger der Militär- und Beamtenhierarchie, einflussreiche Politiker und sonstige Fremdlinge der Wirtschaftsführung zahlreich die Aufsichtsräte, zuweilen sogar die Geschäftsdirektionen erweitern. Dann wandert man sich, wenn eine Sendung der Generalversammlungen gar nicht gelingen will.“

Man erfährt noch reichliches über Verletzung der Bezugspreise, wenn der Einkauf nicht von den günstigsten Bedingungen, sondern von Konzern- und persönlichen Wünschen abhängig gemacht wird; über die Überwucherung des Schreibens und der Augenverblendung; schließlich über die verzerrten Wirkungen der Inflationszeit, die oft den hervorragenden Fachmann durch den unwillkürlichen Spekulationen entsetzt hat; von den Hemmnissen, die der Einkauf angebeuteter Güter der Wirtschaft der notwendigen Reinigung bereitet.

Der Verfasser, der offenbar auf genauere Sach- und Personkenntnis ruht, befähigt im wesentlichen die Kritik, die vom sozialistischen Seite stets geübt worden ist. Wir haben nie geglaubt, daß im Aufbau der Industrie schöpferische Kräfte, mitunter Genies der Tat Gewaltiges geleistet haben. Aber diese Wirkung der Persönlichkeit, die auch auf anderem Wege als dem der schrankenlosen Konkurrenzwirtschaft erzielt werden könnte, wird immer mehr ausgeglichen durch die verkümmerten und kümmernden Einflüsse des Erbes, der privaten Beziehungen und schließlich der durch die heutige Konzernwirtschaft erzeugten künstlichen Monopole. So wird der Führer der Wirtschaft immer mehr zum Ausbeuter fremder Arbeit. Die Ausbeute der Nächsten, die der Kapitalismus als seine größte Leistung zu fuchen pflegt, wird immer mehr ersetzt durch die harte Herrschaft einer Geldaristokratie, die mit wirtschaftlicher Leistung immer weniger zu tun hat, dafür aber immer reichlicher die ihrer Notwendigkeit unterworfenen Völker als Arbeiter, Verbraucher und Steuerzahler auszunutzen versteht. Das ist der höchste Sinn der „nationalen“ und „gesellschaftserhaltenden“, in Wahrheit aber ebenso geistlos wie brutalen und roheigennütigen Politik unserer Rechtsparteien.

Engster Zusammenhalt der wirklich schaffenden Kräfte in Arbeitnehmern- und Verbraucherverbänden und schließliche Überwindung der Kapitalgewaltigen und ihre Heranziehung zu den öffentlichen Lasten durch eine wirksame auf dem Boden des Massenwillens stehende Staatsgewalt — das muß die Antwort der breiten Volksschichten auf die Ansprüche der immer mehr zu reinen Pflanzpflanzen entartenden Wirtschaftsmächte sein.

Die Lage der Zuckerindustrie in Nieder- und Oberschlesien.

Durch die Teuerung Oberschlesiens hat die Zuckerindustrie im Schließen nicht dadurch gelitten, daß einzelne Fabriken an Polen, seit es in Oberschlesien aber der ehemaligen Provinz Posen, gefallen sind, sondern dadurch, daß einerseits große Rübenbaugebiete nach Polen gekommen sind und andererseits eine bedeutende Wächterrie durch die Teuerung „erzeugten“. Die Verhozung von „Kohle- und Ost-Oberschlesien ist abgebrochen, so daß beispielsweise die in Deutsch-Oberschlesien befindliche Raffinerie Rosowadze, da sie ihre Produkte nicht allein in Deutsch-Oberschlesien absetzen kann, mit ihren Produkten nach dem Reich gehen muß. Diese Verhältnisse des Absatzgebietes nach dem Westen ist für alle schlesischen Raffinerien und größeren Weizguderfabriken typisch geworden.

Durch die Grenzföhierung und „absperrung“ in Oberschlesien haben natürlich die Kohguderfabriken einen Vorteil dadurch erlangen, daß für sie jetzt die polnische Konkurrenz ausgeschaltet ist.

Nach dem Kriege griff unter dem Eindruck der wirtschaftlichen Gestaltung die Konzernbildung auch auf die Zuckerindustrie und nach dem Vorbild im Reich auch auf die schlesische über. Zuerst schlossen sich die Weizguderfabriken Schlesiens unter dem Namen „Vereinte schlesische Verbrauchszuckerfabriken“ zusammen, wonach sich als gegenständige Interessenvertretung die „Kohguder-Wirtschaftsvereinigung“ aufmachte, die später sogar so weit ging, durch Einkauf von zwei Hamburger Raffinerien ihren Kohguder in eigener Regie auf Weizguder zu verarbeiten.

In Oberschlesien haben sich zu gleicher Zeit die ober-schlesischen Kohguderfabriken in der „Vereinigung ober-schlesischer Zuckerraffinerien“ zusammengeschlossen. Diesen Konzern gehören jetzt sämtliche ober-schlesischen Zuckerraffinerien an. Da die „Vereinigten schlesischen Verbrauchszuckerfabriken“ bald ihren engen Zusammenhalt ausgehen haben, gibt es heute in Schlesien zwei festgeschlossene Konzerne, die „Vereinigung ober-schlesischer Kohguderfabriken“ und die „Kohguder-Wirtschaftsvereinigung Schlesiens“. Diese beiden Konzerne vereinen über die Hälfte der gesamten schlesischen Kohguderzeugung. Daneben bestehen außer gemischten Betrieben noch kleinere Weizguderfabriken und nur noch ganz wenige Kohguderfabriken, die sich ihre vollständige Freiheit bewahrt haben, so daß auch die Verarbeitung von den Konzernern abhängig ist.

Die deutsche Stahlgewinnung wird für den Monat November mit 878 154 Tonnen angegeben. Das sind nur 60 Prozent des Monatsdurchschnitts von 1913. Gegenüber dem Monat Oktober 1925 ist in der Erzeugung ein Rückgang in Höhe von 80 000 Tonnen eingetreten. Für den Monat Januar hat die Kohlenbergbauergemeinschaft eine Einschränkung der Erzeugung in Höhe von 85 Prozent beschlossen.

Die rheinisch-westfälischen Kohlenindustriellen haben eine neue Aktion zur Beseitigung ständiger Mißleistung für den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau eingeleitet. In erster Linie handelt es sich um die Gewährung ständiger Zuschüsse für den Kohlenverbrauch nach dem Ausland. Die Forderung wird damit begründet, daß das mit finanziellen Mitteln ermöglichte englische Kohlenumwandlung den Abnehmer der deutschen Kohle nach vielen Auslandsabsetzen unmöglich macht und in Belgien die besten Zustände für den belgischen Kohlenbergbau gepflanzt hat.

Verkauf polnischer Weizen an England. Ein englisches Kontraktum kaufte einen der größten Weizenbestände Polens im März 1924, der 129 000 Zentner umfaßt, auf.

Schleierabföhren in Pommern. Der Beauftragte der großen Industriellenverbände in Pommern-Oberschlesien wurde laut „Konjunktur-Korrespondenz“ der Reichsregierung vom 21. Dezember d. J. geföhrt. Die Verhandlungen wollen aus Verträge ab 1. Januar 1926 mit herabgesetzten Gehältern abschließen.

Parteilosen und Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!

Aus Schlessen.

Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in Schlessen.

Das Statistische Reichsamts veröffentlicht folgende eine Uebersicht über die Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle im Deutschen Reich im zweiten Vierteljahr 1926. Die schlesischen Provinzen wiesen wiederum, wie in allen sozialen Statistiken der Nachkriegszeit, eine sehr ungünstige Rolle, die für die schlechte soziale Lage der Bevölkerung dieser Schlessen bedeutsam ist.

Bei den Eheschließungen entfällt auf Oberschlessen die niedrigste Geiratsziffer mit 6,7 auf das Tausend der Bevölkerung, gegen eine Durchschnittsziffer von 8,8 für das Reich und der höchsten Ziffer von 10,1 auf 1000 in Berlin. Im Gegensatz dazu hat Oberschlessen mit 30,3 auf 1000 der Bevölkerung die höchste Geborenenziffer im ganzen Reich, gegenüber einem Durchschnitt von 22,5 und gegenüber der niedrigsten Geburtenziffer von 19,5 auf 1000 in Berlin.

Niedererschlessen erreicht mit 8,6 an Eheschließungen gerade den Durchschnitt, übertrifft ihn bei den Geburten mit 24,8 auf 1000.

Bei der Statistik der Sterbefälle befinden sich die schlesischen Provinzen ebenfalls an ungünstiger Stelle. Die Reichsdurchschnittszahl beträgt im Berichtszeitraum 12,6 auf 1000 der Bevölkerung. Die ungünstigste Sterblichkeitsziffer zeigt sich bei Niederschlessen mit 15,3! Gleich dahinter kommen Niederschlessen mit 14,8 und Oberschlessen mit 14,7 auf 1000. Das gleiche traurige Bild ergibt sich bei der Säuglings-sterblichkeit, wo wiederum Niederschlessen und die beiden Schlessen am ungünstigsten dastehen, und zwar Niederschlessen mit 14,18 und Oberschlessen mit 12,42. Das bedeutet die doppelte Säuglingssterblichkeit der günstigsten Bezirke (Sachsen mit 6,81 auf 1000). Der Reichsdurchschnitt ist 9,48.

Die Zahl der Eheschließungen in Niederschlessen betrug im zweiten Vierteljahr 1926 6816. Die Zahl der Lebendgeborenen ist 865 und die Zahl der Gestorbenen 10998. Davon befinden sich 2343 im Alter von unter einem Jahre. Der Geburtenüberschuss beläuft sich auf 7897.

Die Zahl der Eheschließungen in Oberschlessen betrug im zweiten Vierteljahr 1926 2366, die Zahl der Lebendgeborenen 10474, Gestorbenen sind 4943, davon 1485 im Alter von unter einem Jahre. Der Geburtenüberschuss beträgt 5531.

Urteil im Waldenburger Prozeß.

In Waldenburger Stadtkanalprozeß wurde am Mittwoch des Urteils gefällt. Es erhielten: Kühle wegen Untreue in zehn Fällen, schwerer Urkundenfälschung in drei Fällen in Tateinheit mit Betrug, fortgesetzten Vergehens gegen die Devisengesetze und gegen die Reichsabgabenverordnung insgesamt drei Jahre Gefängnis und 2000 Mark Geldstrafe. Schäfer wegen Untreue in vier Fällen, schwerer Urkundenfälschung in zwei Fällen und wegen Vergehens gegen die Devisengesetze und gegen die Reichsabgabenverordnung 10 Monate Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe. Patzmann wegen Beihilfe zur Untreue drei Monate Gefängnis. Der Angeklagten wird die Unterlassungsbefehl vom Angeklagten. Ein Antrag Schäfers auf Strafauflage wird als jetzt noch nicht angebracht, abgelehnt.

Erhöhte Mittel

für den Bau von Landerbeiterwohnungen.

Die der Antifaschistische Presse dienst mittelt, hat der Minister für Volkswohlfahrt unter Anhörung früherer Kundenerlässe bestimmt, daß die Umfahrsache zur Förderung des Saues von Landerbeiterwohnungen aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge erhöht werden und zwar bei Landerbeitererwerbshäusern für 1 Quadratmeter Wohnfläche auf 50 Reichsmark, für 1 Quadratmeter Stallfläche auf 25 Reichsmark und 1 Quadratmeter Scheunenfläche auf 15 Reichsmark, bei Werkwohnungen für 1 Quadratmeter Wohnfläche auf 35 Reichsmark, für 1 Quadratmeter Stallfläche auf 20 Reichsmark und für 1 Quadratmeter Scheunenfläche auf 10 Reichsmark.

Für die Unterhaltung von Werkwohnungen gilt als Voraussetzungen, daß sie Wohnfläche, Eternitdachfläche und 2 Kammer (zur Trennung benachbarter Räume nach Geschlechtern) mit insgesamt 60 Quadratmeter Wohnfläche, außerdem Keller, Bodenheizung und Abart sowie einen Stall von mindestens 10 Quadratmeter Stallfläche enthalten. — Für Wohnungen — Werkwohnungen und Eigenheim — in die Schwerkräftigen, behinderte und aus dem Westen zurückwandernde Arbeiterfamilien aufgenommen werden, sowie für Einzelheime lindernder Landerbeiterfamilien (von 4 Kindern aufwärts) und für Familien der Landerbeitererwerbshäuser, können auf Antrag von Fall zu Fall weitere 10 Mark je Quadratmeter Wohn- und 5 Mark je Quadratmeter Stallfläche als Zuschüsse bewilligt werden.

Wie das obereschlesische Zentrum über Braunweiler urteilt.

Die obereschlesische Zentrumspresse bringt im Gegensatz zu ihren ersten Aufnahmefassungen über den zur Disposition gestellten Regierungspräsidenten Dr. Braunweiler-Marienburg jetzt folgenden Zuschnitt „von selbständiger Seite“.

Vor mehreren Tagen ging durch die Presse die Nachricht, daß der Regierungspräsident von Marienburg, Dr. Braunweiler, in den einflussreichen Kreisen getrieben ist. Die weiteren Kreise Obereschlessens interessiert der Fall, was fragte aus welchem Grunde dies geschehen wäre. Dr. Braunweiler war nämlich kommissarischer Regierungspräsident von Oppeln und hatte die besten Aussichten, definitiv als solcher berufen zu werden. Auch aus Zentrumsstreifen wünschte man ihn. Wie aus Grund zuverlässiger Informationsquellen feststeht, ist Braunweiler nicht freiwillig aus seinem Amte gestiegen, sondern von der Staatsregierung zur Disposition gestellt worden.

Braunweilers Entlassung fand in folgenden Ueberblick nach Verfassung und zur gesetzlichen Staatsregierung, daß keine Stellung mehrherber wurde. Interessant ist es, zu erfahren, daß Dr. Braunweiler als kommissarischer Regierungspräsident von Oppeln in die Zentrumsparole wurde und als Regierungspräsident von Marienburg nach dort für als Mitglied des Zentrums einzutreten sich, um dann nach einigen Wochen der Mitgliedschaft aus der Partei wieder auszutreten.

Der Ausgang der Dinge zeigt, daß diejenigen Kreise hatten, welche sich gegen die Berufung Braunweilers die heftigsten Bedenken hatten und diese durchsetzten.

Von der „republikanischen“ Reichsbahn.

Zu letztem Artikel „Schwarze Reichsbahn“ wird aus Obernigitz noch folgendes berichtet:

Daß die Staatsbahnen für eines ganz besonderen Wohlwollens freies der Reichsbahn und des Herrn Göttsche in Obernigitz erfahren, bewies noch folgende Tatsache: Vor einiger Zeit erschien im „Volksfreund“ eine Notiz über den „republikanischen“ Herr Göttsche in Obernigitz (mit dem wir aus dem Jahre 1924 bekannt sind) der auch „Republik“ genannt wird. Diese Notiz enthält, daß Herr Göttsche ein ganz gewöhnlicher Mann ist, der aber die Aussicht, ein Minister zu werden, begehrt hat. Der Herr Göttsche hat sich in der Tat beworben, aber seine Bewerbung ist abgelehnt worden. Es ist zu hoffen, daß er diesen Wunsch nicht verwirklichen wird, denn es ist zu hoffen, daß er diesen Wunsch nicht verwirklichen wird. Es ist zu hoffen, daß er diesen Wunsch nicht verwirklichen wird.

in Neufahrwasser behinderte ihn sein Wagenraden nicht, wohl aber im Stellwerk, Dienst zu verrichten!

Ein anderer Fall: Seit einiger Zeit schon ist der Eisenbahnschreiber Haase als solcher auf Bahnhof Obernigitz übergegangen. Dieser Verlegung steht er abnehmend gegenüber, da er hat allem Anschein nach von seinen Stahlfelern und D. O. S. Freund, unter anderem von dem Herrn v. Steuben, nicht trennen kann. Er ist auch derselbe, in dessen Büro (Kasse) damals das Bild des Helden Schläger“ hing, welches erst auf eine Notiz im „Volksfreund“ hin entfernt wurde. Herr Haase sollte nun in Obernigitz dienen zu verrichten. Sein Gesundheitszustand erlaubt dieses jedoch nicht, ebenfalls laut ärztlichem Attest. Seit einiger Zeit nun verrichtet der Sekretär auf Bahnhof Obernigitz Dienste, die sonst im allgemeinen ein Assistent oder Anwärter verrichtet. Ob er aber nun daselbe Gehalt erhält wie ein Assistent? Hier sieht man deutlich die Sparmaßnahmen der Reichsbahn, die auf Obernigitz nur den unteren Beamten oder Arbeitern gegenüber angewandt werden.

Sollte jedoch ein Republikaner so krank sein, daß er den Posten nicht ausfüllen kann, der ihm aufgetragen wird, so sind wir sicher, daß dieser ohne weiteres abgebaut worden wäre. Wir können nur immer wieder wiederholen, daß es höchste Zeit wird, einmal mit ernstem Besen auf der Reichsbahn auszufahren.

Münch. Die Stadterordnetenwahlen fanden am letzten Sonntag bei einer Wahlbeteiligung von rund 60 Prozent statt. Die bürgerliche Einheitsliste Wedemann-Steine erhielt 380 Stimmen, die sozialistische Liste Klemm-Rippe 183. Die Bürgerlichen zählten mit 9, die Sozialdemokraten mit 4 Sitzen in die neue Stadterordnetenversammlung ein.

Münch. Schwere Einbruch in eine Postanstalt. In der Freitagnacht wurde in den Dienstraum der Postanstalt in Groß-Wiltra ein schwerer Einbruch verübt, bei welchem den Tätern große Beute in die Hände fiel. Der Postraum befindet sich hinter dem Laden des Kaufmanns Kufsch, und um in denselben zu gelangen, mußten die Diebe zunächst den hölzernen Laden vor dem Schaufenster und dann die Scheibe selbst zerrüttern. Es ist merkwürdig, daß keiner der Hausbewohner die dabei entstehenden großen Geräusche gehört hat, mag aber natürlich kein durch die Tische, daß in der Nacht ein starker Sturm tobte, dessen Brausen die Geräusche überdeckt haben mag. Nachdem die Diebe auch die Tür des Post-Dienstraumes erbrochen hatten, nahmen sie einen schranartigen Tischlauf mit, in welchem die Kasse eingeschlossen war. Auf dem Rückwege durch den Laden plünderten sie auch dort und stahlen neben allerlei Genußmitteln auch noch 50 Mark aus der Ladenkasse. Sie kamen auch unbemerkt auf die Landstraße und stahlen dann noch einem in der Nähe belegenen Geschäft einen Besuch ab, wo sie u. a. eine Halsart stahlen, mit welcher sie dann im Freien das Schränkchen zerrüttern und die eiserne Kasse aufschlugen. Aus derselben stahlen ihnen einige Tausend Mark in die Hände. Nach den Spuren zu schließen, handelt es sich um zwei Personen, die von auswärts, möglicherweise aus Breslau, hergekommen sind. Sie führten Küder bei sich. Vorläufig fehlt nach jeder Spur, da dieselbe auf der hartgetretenen Chaussee nicht zu verfolgen geht.

Münch. Eine Wohnung an die Reichsbahn! Am Sonntag nachmittag fuhr um 3 Uhr 36 Uhr von Kettau nach Conitz etwa 15 Stahlfelern mit eingewickelter Fahne zur Weihnachtsfeier. Dem friedlichen Charakter der Feier entsprechend waren die „christlichen“ Stahlfelern zum Teil bewaffnet. Der Führer, Gutschmitt Deutlicher von Dominium Wichau, trug einen Dolch umgehängt. Ein Republikaner, der dieses geschildrige Verhalten beobachtete, ludte vergeblich nach einem Landjäger und wandte sich schließlich an einen Bahnhofsbeamten. Der gab ihm die Auskunft, daß er zwar einschreiten könne, wenn etwa die Fahne entrollt wäre, gegen das unbedingte Waffentragen besitze er keine Handhabe. — Die Reichsbahnverwaltung wird gut daran tun, diese bedauerliche Uade in ihrer Dienstreue auszufüllen. Vielleicht kann es bei dem aus den allerjüngsten politischen Ereignissen bekannten Stahlfelerngeist auch während der Saison für zu blutigen Schwarz-weiß-rotten Ausschreitungen kommen!

Münch. Ein Opfer der Glätte wurde hier der Zollleutnant Rüdteich. Der 47jährige Mann war zu Fall gekommen und hatte sich schwere innere Verletzungen zugezogen. Straßenpatrouillen fanden ihn sterbend im Geleise auf. Der hingerichtete Mann hatte nur noch den Tod. — Straßenpatrouillen fanden im Bereich von Reichsbahn zwei munitionierte „Koi“-Ärger, die bei Nacht im Gange der Wärme des Heizbodens in der Jahreszeit gelassen hatten.

Münch. Maßnahmen zur Behebung und Eindämmung der wirtschaftlichen Not. Die von der Stadterordnetenversammlung zur Beratung und Durchführung der Vorläge der sozialdemokratischen Intervention eingeleitete gemeindliche Kommission trat unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Sney im Magistratsitzungssaale zusammen und fasste wichtige Beschlüsse. 1. Bei der Erwerbslosenfürsorge: Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 20 Prozent ist nicht ausreichend; es muß zusätzlich erhöht werden. Es ist unendlich, daß ein Arbeiter mit der Unterstützung von 7,70 Mark für die Woche auskommt, nachdem er in der vorangegangenen Karenzzeit alles aufgebraucht hat, was ihm von seinem letzten Lohn, aus dem er seine Kautalen machen kann, übrig blieb. Die kurzarbeitenden Unternehmungen sind wieder einzuführen. Der geschliche Schatz gegenüber ungeschicklichen und unbilligen Entlassungen von Arbeitern ist zu verstarfen. In alle Erwerbslosen, Sozial-, Kleinstrentner und Wohnhausunterstützungsbefugter wird eine einmalige Weihnachtshilfe in Höhe von 3 Mark für Ledige, 6 Mark für Verheiratete und für jede weitere zur Vorkhaltung des Verheirateten gehörige unterhaltungsplüchtige Person eine Mark gewährt. — Es ist in je nicht übermäßig viel was den Behebungen ausgesagt wird, aber immerhin eine kleine Beihilfe. Es ist dies ein Erfolg der Sozialdemokraten im Vorigen Stadtparlament; wenn nicht höhere Sätze herausgeholt werden konnten, so liegt dies daran, daß die Zahl der Unterhaltungsbedürftigen in Conitz besonders groß ist. Ein Stück ist es nur, daß Conitz eine gute Gewinne aus seinen großen Fortbestellungen hat.

Münch. Ein Zehnpfeiler. Sehr noble Passionen hat der Verhörungsbeamte Piech, wenn er glaubt, daß es ihn nichts kostet. Im Februar hielt er sich in Conitz auf. Da besuchte er eines Tages ein großes Hotel und bei eine Reihe anwesender Gäste, ab sie sich nicht die Zeit mit Kartenspiel vertreiben wollen. Die geschilderten Spieler spielten um Wette und um Geld. Piech war offenbar ein tüchtiger Spieler, denn er verlor den ganzen Abend hindurch, so daß eine Fülle nach der anderen auf sein Konto geschrieben wurde. Als seine Rechnung auf 110 Mark angewachsen war, forterte der Kellerer Bezahlung. Da stellte sich heraus, daß Piech völlig ohne Geld war. Es wurde nun Strafzahlung wegen Betruges gegen ihn gefällt, und nun erfährt man, daß Piech aus dem Gebiete des Betruges kein Keuling war. Neben einer Gefängnisstrafe hat er auch schon 1 1/2 Jahre Justizhaus verbracht. Diesmal wurden ihm für den Betrag mildewilde Umstände geschildert und er zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatte er Revision eingelegt, mit der Begründung, daß er ursprünglich die Zahlung bezichtigt habe und deshalb freigesprochen werden sollte. Der 1. Strafgericht des Oberlandesgerichts Breslau verwarf die Revision als unzulässig. Hier liegt ein typischer Fall von Zehnpfeilerei vor; die wirtschaftliche Lage der Folge wurde den Betrag nicht zurückgegeben.

Münch. Mißgefangen, mitgefangen. Im vorigen Jahre war aus einer Schanze in Köpitz bei Glogau ein Motor geflohen worden. Seit hatte man auch die Diebe, die bereit abgerufen wurden. Unter diesen befand sich auch der Landjäger Paul Jersisch. Er hatte den Motor mit einem Schützen festgehalten und war deshalb wegen gemeinschaftlichen schweren Diebstahls im Rückzuge vor dem Schießen.

gerüst in Glogau zu 2 Jahren Gefängnis und 6 Monaten Arrest verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft als Berufungsinstant bestritt dieses Urteil. Nun legte Jersisch Revision beim Oberlandesgericht Breslau ein. Er stützte sich darauf, daß bei dem Einbruch nicht mitgewirkt, sondern nur den Motor weggeführt habe. Dazu sei er von anderen verleitet worden, eine selbständige Handlung liege bei ihm nicht vor. Der Strafenat hielt diese Ausführungen für unbegründet und verwarf die Revision. Im Vorbericht sei ausdrücklich festgestellt worden, daß J. den Einbruch in Gemeinschaft mit anderen Personen ausgeführt habe und an diesen tatsächlichen Feststellungen konnte nichts geändert werden.

Jobten. Eine Reichsbanner-Trauerfeier für den ermordeten Kameraden Breuer. Am Sonntag den 8. d. Mts., vereinigte sich die Abteilung Jobten zur Erinnerung des vor Jahresfrist von Stahlfelern erschlagenen Kameraden Breuer in Bankwitz. Die Ortsgruppe Schwednitz und die Landesdeputation der einzelnen Ortsgruppen des Kreises folgten es sich nicht nehmen, trotz der Kälte, auf Bankwitz die Trauerfeier zu unternehmen. Von Bankwitz marschierte ein ansehnliches 300 Mann starke Gruppe nach Klein-Kriemitz, den Friedhof, wo der Kreisleiter, Kamerad Huchmann, in kurzen, klaren Worten des Toten gedachte und im Namen des Kreises einen Kranz niederlegte. Die Ortsgruppe Bankwitz legte ebenfalls einen Kranz auf den Hügel. Nach Wörtern der ersten Strophe des Liedes vom guten Kameraden fand die schlichte Feier ein Ende. Auf dem Rückmarsch nach Jobten wurde ein Kriegerdenkmal in Striegelmühle halt gemacht, um auch den Toten des kriegsfähigen Völkermordens zu gedenken. Nach einem Vorbericht am Denkmal ging es nach Jobten, wo ein am Sonnensatz nach einem begeistert aufgenommenen Vortrag auf die deutsche Republik und ihre Farben Schwarz-rot-gold die Ortsgruppen trennten.

Krauschen. Verhaftung eines Schwererbrechers. Der wegen mehrerer schwerer Einbrüche verurteilte frühere kommunistische Kreisratsmitglied Gustav Malz war nach seiner Entlassung im Frühjahr dieses Jahres nach Tschel gekehrt. Dort wurde er selbstgenügsam und als er an der Grenze den deutschen Behörden übergeben werden sollte, rief er wieder aus. Seitdem wurde er unermüdlich gesucht, und dieser Tage gelang es nun, sein Versteck ausfindig zu machen. Es war ein Haus in Quidendorf. Nachts in großer Finsternis wurde das Haus von Landjägern umstellt und Malz, der schwer bewaffnet war, wurde unschädlich gemacht, ehe er an eine Gegenwehr denken konnte.

Blas. Zu Tode verbrüht. Traurige Weihnachtsfesten wurden der Familie des Arbeiters Groß befohlen. Das zweite Jahre alte Kind des Gewandens spielte in der eiserne Haushaltung und geriet dabei einem mit kochendem Wasser gefüllten Zuber zu nahe, in den es hineinfürzte. Der arme Junge erlitt dadurch fürchterliche Verbrühungen, doch sich das Fleisch in dessen von den Gliedern löste. Er verstarb nach kurzer Zeit.

Weißftein. In großer Lebensgefahr schwand hier ein Handwerker, der infolge allzu vielen Genusses von Alkohol das Straßenbahngeleit mit dem Bett verwechselt hatte. Nach im letzten Moment konnte der Straßenbahnwagen zum Halten gebracht und der Mann infolge langsamen Zurückfahrens aus keiner fürchterlichen Lage befreit werden. Sonderbarerweise meinte dem guten Mann nichts passiert zu sein. Die Nachtpolizei nahm ihn sofort in Gewahrsam.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Klein-Tschans. Silberhochzeit. Am 27. Dezember feiern Ernst Nagel und Frau Luise ihre Silberhochzeit. Sie leben seit 25 Jahren die „Vollmacht“ und sind beide Parteimitglieder. — Dem treuen Paare aufrechten Glückwunsch.

Arbeiterradfahrerverein. Am Sonntag, den 27. Dezember (3. Weihnachtstage), nachmittags 3 Uhr, veranstaltete der Arbeiter-Radfahrer-Verein „Tschans“ im Vereinslokal bei Laube eine diesjährige Weihnachtstfeier mit einer kleinen Einbildung für die Kinder seiner Mitglieder. Sämtliche Mitglieder mit ihren Kindern haben dazu zu erscheinen.

Neumarkt. Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Weiß“ veranstaltete am 2. Weihnachtstage im Saale „Zum gelben Vögel“ sein Winterergötzen, bestehend in Komik, Vorträgen, Theater, Verlosung und Ball. Der Besuch ist auswärmt zu empfehlen.

Briefkasten. Allen Anfragen muß eine Bezugsquittung beiliegen. Bezugsquittungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Volksmacht-Trägern oder Trägern; die Postbesitzer haben die Postquittung beizulegen. Sprechtunde der Redaktion wochentags von 12-1 Uhr mittags.

„Anstalt“. Die Adresse ist: Dr. A. G., Berlin-Friedenau, Gehlerstraße Nr. 20.

Rästel-Ged.

Auswortsrästel B.

1	2	3	4	5
6			7	
8			9	
10				
11				
	12	13		14
	15			
	16			
				17
				18
		19	20	
21	22		23	
				24

Die Worte bedeuten von oben nach unten: 1. Künstlerberuf, 2. architektonische Verzierung, 3. Julest, 4. früheren deutschen Dichter, 5. früheren französischen Historiker, 6. Verbrechen, 7. Ältester menschlicher Kollomonent, 8. biblische Person, 9. Flug in Ostafrika, 10. ägyptische Verordnung, 11. ungeschickliche Keilerteilung, 12. chemisches Zeichen für ein Metall, 13. Bon links nach rechts: 1. Zeitbestimmung, 2. türkische Münze, 6. menschlichen Körperteil, 7. Maß in Italien, 8. frühere französische Schriftstellerin, 10. früheren deutschen Kaiser, 11. ägyptische Gottheit, 12. früheren französischen Schriftsteller, 13. türkischer Titel, 14. biblische Person, 17. Baufach, 18. Baumart, 19. Derscherittel, 21. Antiquarier, 23. Baum, 24. baumartige Pflanze.

Auslösung zum Auswortsrästel A.

Von oben nach unten: 1. Senje, 2. Habes, 3. Dohet, 4. Felen, 5. Gijel, 6. Ed, 10. Sia. Von links nach rechts: 1. Sogalappe, 6. Dags, 7. See, 8. Gh, 11. Gts, 12. Hii, 13. Uru.

Auslösung zum Auswortsrästel B.

Der Weg zur Höhe ist mit roten Pfeilen gezeichnet.

Sie müssen aber gerade deshalb festhalten, daß die Pläne bei im großen Rahmen Organisation, deren Zweck in keiner Weise reinen Zweckes, nicht nur die Teilnahme an der sozialistischen Jugendbewegung, sondern auch die Teilnahme an den sonstigen Dingen, wie uns die augenblickliche Lage anzudehen, noch weniger möglich ist. Wenn die geplanten Jugendarbeiter-Organisationen bestehen sollen, dann sind wir sehr gerne bereit, eine vollständige Teilnahme zu leisten. Delegationen nach Stuttgart zu schicken. Denn das kann uns sehr nützlich sein, wie Sie wissen, in ganz anderen Zusammenhängen. Sie müssen aber die Delegationen nach Stuttgart mit den Delegierten, in ganz anderen Zusammenhängen, unter Berücksichtigung der Delegationen, die Sie schicken, gut beraten sein.

1. Die sozialistische Jugend-Internationale und die ihr angehörenden Sektionen erfüllen sich vornehmlich das Ziel, einander zu unterstützen, die Jugendbewegungen in der Welt zu vereinigen, die Jugendbewegungen in der Welt zu vereinigen, die Jugendbewegungen in der Welt zu vereinigen.

2. Die sozialistische Jugend-Internationale ist bereit, eine Delegation nach Stuttgart zu schicken, die die Jugendbewegungen in der Welt zu vereinigen, die Jugendbewegungen in der Welt zu vereinigen, die Jugendbewegungen in der Welt zu vereinigen.

3. Die sozialistische Jugend-Internationale ist bereit, eine Delegation nach Stuttgart zu schicken, die die Jugendbewegungen in der Welt zu vereinigen, die Jugendbewegungen in der Welt zu vereinigen, die Jugendbewegungen in der Welt zu vereinigen.

4. Die sozialistische Jugend-Internationale ist bereit, eine Delegation nach Stuttgart zu schicken, die die Jugendbewegungen in der Welt zu vereinigen, die Jugendbewegungen in der Welt zu vereinigen, die Jugendbewegungen in der Welt zu vereinigen.

Jugend ohne Jugend für die sozialistische Jugendbewegung und die sozialistische Jugendbewegung. Eine Jugendbewegung kann nicht existieren, wenn sie nicht auf einer bestimmten Grundlage steht. Die Jugendbewegung ist eine Bewegung, die sich für die Jugendbewegung einsetzt.

Die Jugendbewegung ist eine Bewegung, die sich für die Jugendbewegung einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Jugendbewegung einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Jugendbewegung einsetzt.

Die Jugendbewegung ist eine Bewegung, die sich für die Jugendbewegung einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Jugendbewegung einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Jugendbewegung einsetzt.

Die Jugendbewegung ist eine Bewegung, die sich für die Jugendbewegung einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Jugendbewegung einsetzt. Sie ist eine Bewegung, die sich für die Jugendbewegung einsetzt.

Sie die Arbeiter-Jugend

1925

Arbeiterjugend.

Sie haben nicht genug getan, Sie haben nicht genug getan, Sie haben nicht genug getan. Sie haben nicht genug getan, Sie haben nicht genug getan, Sie haben nicht genug getan.

Mit dem Gramophon sing es an.

Das Gramophon hat bereits das Wort gesprochen. Es hat gesprochen, es hat gesprochen, es hat gesprochen. Es hat gesprochen, es hat gesprochen, es hat gesprochen.

Der Seimarbeitband irrte!

Ein kleines Blatt aus dem Reich der Seimarbeit. Es hat gesprochen, es hat gesprochen, es hat gesprochen. Es hat gesprochen, es hat gesprochen, es hat gesprochen.

Das Gramophon hat bereits das Wort gesprochen. Es hat gesprochen, es hat gesprochen, es hat gesprochen. Es hat gesprochen, es hat gesprochen, es hat gesprochen.

